

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

## Was der alles kann!

*Schwerpunkt Sozialstaat im europäischen Vergleich*

**Coverstory:**  
**Sozial ist kein Mascherl**

Österreichs Sozialstaat ist anderen weit voraus. Doch auch daran wird geknabbert. **6**

**Interview:**  
**Europäische Standards nötig**

EU-Parlamentarierin Regner über ein sozialeres Europa und Österreichs Aufholbedarf. **16**

**Reportage:**  
**Larisa taucht durch**

Wie eine griechische Stadt trotz Sozialabbau und Arbeitslosigkeit überlebt. **28**



6

## Coverstory

Wir alle profitieren vom Sozialstaat. Weshalb sich der Staat Soziales leisten muss, lässt sich anhand des Komplementären nur zu gut erklären.



16

## Interview

Die EU-Parlamentarierin Evelyn Regner im Gespräch über mögliche Wege zu einem sozialeren Europa und inwieweit Österreich hier tatsächlich Vorbild sein kann.

# Schwerpunkt

### Der soziale Mehrwert

12

Als wichtiger Teil des Sozialstaats kann der Ausbau von Kinderbetreuung, Pflege- und Betreuungsarbeit zum Jobmotor werden.

### Weltmeister oder Totalversager?

14

Erst Vorbild, dann Vertreibung aus dem Familienparadies: die österreichische Familienpolitik im EU-Vergleich.

### Abgaben = Sozialstaat = Wirtschaftserfolg

20

In Zeiten schwachen Einkommenswachstums sind radikale Steuersenkungen keine gute Idee.

### Kürzen bei den Ärmsten

22

Vermögens- und Erbschaftssteuern spielen im Wahlkampf eine erstaunlich untergeordnete Rolle.

### Sparen beim Staat steigert Ungleichheit

26

Der Sozialstaat sorgt für weniger Ungleichheit. Das Kürzen von Sozialleistungen vergrößert die Kluft zwischen Reich und Arm.

### Die Zukunft einer Absichtserklärung

34

Das soziale Europa steckt in den Kinderschuhen. Gewerkschaften fordern konkrete und vor allem verbindliche soziale Ziele.

### Weil sie Zukunft hat

36

Zentrale Fragen in der Sozialversicherung sind der gleiche Zugang zu Leistungen und die Versorgungsqualität.

### Was machen wir Ösis besser?

38

Eine Vergleichsstudie zeigt deutlich: Österreich hat ein viel besseres Pensionssystem als Deutschland.

### Sozialer Frieden ist Pflicht

40

Was die Pflichtmitgliedschaft in der AK mit Sozialpolitik zu tun hat und warum sie sogar wirtschaftlichen Erfolg brachte.



## Reportage

**Jahrhundertkrise in Griechenland: Weil der Sozialstaat radikal gekappt wurde und Arbeitsplätze Mangelware sind, überlebt Thessaliens Hauptstadt Larisa mit Kooperativen und Solidarität.**

# Standards

**Historie:**

**Vom liberalen zum sozialen Staat** 4

**Standpunkt:**

**Leistungsträger Sozialstaat** 5

**Statistiken:**

**Mit dem Sozialstaat durch das Leben** 24

**Nicht zuletzt –**

**von Alois Stöger** 43

**Frisch gebloggt** 44

**Aus AK und Gewerkschaften** 45

**Man kann nicht alles wissen** 46

Erklärungen aller grün markierten Worte.

## Impressum

**Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:**  
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,  
 Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,  
 Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,  
 Sonja Fercher (CvD),  
 Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.  
**E-Mail:** [sonja.adler@oegb.at](mailto:sonja.adler@oegb.at)

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**  
 Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger,  
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,  
 Tel.: (01) 662 32 96-0  
**E-Mail:** [aboservice@oegbverlag.at](mailto:aboservice@oegbverlag.at)

**Redaktionskomitee:**  
 Bernhard Achitz, Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia Bauer,  
 Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher,  
 Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax,  
 Melissa Huber, Lena Karasz, Georg Kovarik, Florian  
 Kräftner, Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba, Sabine Letz,  
 Pia Lichtblau, Markus Marterbauer, Michael Mazohl,  
 Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Martin  
 Panholzer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Charlotte  
 Reiff, Philipp Schnell, Georg Sever, Josef Thoman,  
 Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

**Redaktionsmitglieder:**  
 Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),  
 Michael Mazohl (Artdirektion)  
 Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**  
 Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Markus Bernath,  
 Romana Brait, Christian Bunke, Astrid Fadler,  
 Sophia Fielhauer-Resei, Sandra Knopp,  
 Markus Marterbauer, Michael Mazohl, David Mum,  
 Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Charlotte Reiff,  
 Christian Resei, Alexandra Rotter, Udo Seelhofer,  
 Alois Stöger, Erik Türk, Josef Wöss

**Herausgeber:**  
 Bundesarbeitskammer,  
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und  
 Österreichischer Gewerkschaftsbund,  
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**  
 Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes  
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,  
 Tel.: (01) 662 32 96-0 Dw.,  
 Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.,  
 E-Mail: [zeitschriften@oegbverlag.at](mailto:zeitschriften@oegbverlag.at),  
 Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien  
**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**  
 Einzelnummer: € 2,50;  
 Jahresabonnement Inland € 20,-;  
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto;  
 für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen  
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-  
 Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
 Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,  
 E-Mail: [aboservice@oegbverlag.at](mailto:aboservice@oegbverlag.at)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:  
**[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)**  
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655  
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,  
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

# Vom liberalen zum sozialen Staat

*Beim ersten ÖGB-Bundeskongress forderte Bundespräsident Karl Renner einen Sozialstaat mit Wirtschaftsdemokratie.*

Am 23. Mai 1948 hielt Bundespräsident **Karl Renner** das Schlussreferat beim ersten Kongress der vereinigten österreichischen Gewerkschaften unter dem Motto „Vom liberalen zum sozialen Staat“. Seit der Niederlage des Faschismus, der Wiedererrichtung der österreichischen Demokratie und der ÖGB-Gründung waren erst drei Jahre vergangen. Frisch in Erinnerung waren also noch der Versuch eines demokratischen Sozialstaats mit breitem Handlungsspielraum für Gewerkschaften ab 1918 und der Kampf gegen diese Errungenschaft, der den Weg in Faschismus und Krieg ebnete.

Renner spannte den geschichtlichen Bogen vom Entstehen der kapitalistischen Wirtschaft und der Funktion des Staates nach den Ideen des Liberalismus im 19. Jahrhundert bis nach 1945 zur Vision eines demokratischen „sozialen Staates“. Von diesem erhoffte nicht nur er, dass er tatsächlich erreichbar sein und nie wieder infrage gestellt werden würde. Zur Entwicklung ab dem Ersten Weltkrieg führte er aus:

**Der Wettbewerb der nationalen Finanzkapitale um die wirtschaftliche Ausbeutung der Welt ... wird zur kriegerischen Auseinandersetzung ... Die Menschheit, die Zeuge oder Opfer dieser Katastrophe geworden ist, zeigt ... eine tiefe seelische Erschütterung. ... Der erlittene Druck und Zwang des Militarismus ... belebt die Idee**

**der Menschen- und Bürgerrechte ... neu... dieser Freiheitsruf ist nicht mehr jener des Altliberalismus, sondern in einer Hinsicht gerade dessen Umkehrung: persönliche, geistige, politische Freiheit des einzelnen, aber dabei zwingende staatliche Ordnung der Gesellschaft in sozialem Geiste ... Der ehemalige bloße Justiz- und Ordnungsstaat wurde nunmehr bereits in vorwiegendem Maße Wirtschafts- und Sozialstaat. ...**

Dieser Schilderung der Sozialpolitik ab 1918 folgte mit dem Hinweis auf den Faschismus die Erklärung, dass nur ein Rechtsstaat ein echter Sozialstaat sein könne.

**Der faschistisch-totalitäre Staat hat ... auch diese beiden Verwaltungskreise einer lückenlosen autoritär-behördlichen Ordnung unterworfen ... Jedenfalls gab der Faschismus sich ... als Wirtschafts- und Sozialstaat, um darüber hinwegzutäuschen, dass er aufgehört hatte, Rechtsstaat zu sein ...**

Sozialstaat, so Renner, ist mehr als Rechtsstaat und mehr als Fürsorgestaat, er soll und muss auch die Demokratisierung der Wirtschaft einschließen:

**Es wäre nach dem Ausgeführten eine viel zu enge Auffassung des Begriffes „Sozialstaat“, wenn man sich vorstellte, dass die Einrichtung einer obrigkeitstaatlichen Vormundschaftsverwaltung in der Form**



© Fotos:ÖGB-Bildarchiv

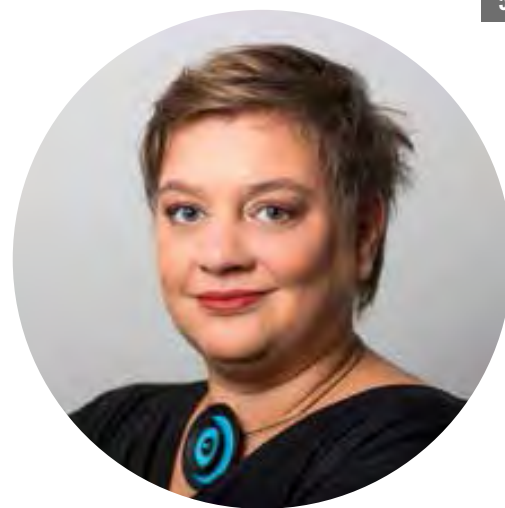
Die Vertreter der Alliierten, ohne die bis 1955 kein Gesetz in Geltung trat, verfolgten im Wiener Konzerthaus aufmerksam das Referat Bundespräsident Renners über den „sozialen Staat“. 1948 befürworteten und förderten auch die westlichen Großmächte noch die Entwicklung zum Sozialstaat und die Mitsprache der Gewerkschaften.

**des Schutzes der Schwachen, Leidenden und Erwerbslosen ausreiche, dem Staate diese Bezeichnung zuzuerkennen. Sozial heißt gesellschaftlich, und die Idee, welche die Menschheit heute ... bewegt, ist, die Gesellschaft selbst in allen ihren Gliederungen auf der Grundlage ihrer freien Entscheidung zu organisieren. Steht doch jeder wirtschaftliche Betrieb, wie jeder einzelne wirtschaftlich Tätige, im Zusammenhang mit der ganzen Volkswirtschaft und ist dieser einzugliedern. ... Erst in einer solchen Durchorganisation des gesamten Volkskörpers von unten herauf wird der Staat zum wahrhaften Sozialstaat werden.**

Ausgewählt und kommentiert  
von Brigitte Pellar  
[brigitte.pellar@aon.at](mailto:brigitte.pellar@aon.at)

# Leistungsträger Sozialstaat

## Standpunkt



**Sonja Fercher**

Chefin vom Dienst  
Arbeit&Wirtschaft

**D**er Sozialstaat als Hemmschuh der Wirtschaft, als Ausgabenmoloch, als Anreiz zum Ausruhen in der Hängematte: Es ist schon erstaunlich, wie hartnäckig sich Feindbilder wie diese halten. Dabei ist es aus wirtschaftspolitischer Sicht unumstritten: Der Sozialstaat hat dazu beigetragen, dass Österreich verhältnismäßig gut durch die Krise gekommen ist. Auch andere Wirtschaftsdaten lassen nicht darauf schließen, dass er Hemmschuh oder Klotz am Bein wäre, ganz im Gegenteil. Wenn man so will, ist der österreichische Sozialstaat sogar ein Leistungsträger. Von sozialer Absicherung und Umverteilung über die Bereitstellung vielfältiger Infrastruktur, Arbeitsmarkt- und Bildungsförderungen bis hin zum öffentlichen Gesundheitssystem: Er sorgt für ein würdiges Leben bis ins hohe Alter, und zwar von allen, auch wenn er bei manchen mehr leisten muss als bei anderen.

### Mauern gegen Bildungschancen

Bei der Gerechtigkeit hapert es gleich an zwei Enden: erstens an der Finanzierung, zu der Einkommen aus Vermögen einen allzu spärlichen Beitrag leisten. Die große Last tragen arbeitende Menschen. Das muss sich im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit dringend ändern. Zweitens hapert es an der Chancengerechtigkeit, wobei hier die Bildungspolitik eine entscheidende Rolle spielt: Das Bildungssystem, das die

viel bemühten LeistungsträgerInnen hervorbringen soll, hindert ganz bestimmte Menschen daran, ihre Fähigkeiten zu entfalten und somit Leistungen zu erbringen. Österreich liegt schon seit Jahren auf einer Negativrangliste weit vorne: bei der sozialen Selektion des Bildungssystems. Entsprechende Reformen aber verhindern gerade jene am beharrlichsten, die am lautesten nach den Leistungsträgern rufen.

Keine Frage, es gibt Fälle, wo Menschen ihren Job kündigen, weil sie mit Sozialleistungen plus Schwarzarbeit mehr Geld in der Tasche haben. Hier gilt es aber woanders anzusetzen – bei den Löhnen und Gehältern bzw. beim Kampf gegen Schwarzarbeit – als bei der Mehrheit der Menschen, die dazu gezwungen sind, Sozialleistungen zu beziehen.

Man muss nur einen Blick auf die Arbeitslosenstatistik werfen, um zu erkennen, dass es für manche schlichtweg unmöglich ist, einen Job zu finden (so niedrig die Arbeitslosigkeit in Österreich vergleichsweise ist). Andere wiederum können nicht arbeiten, weil sie selbst krank sind oder kranke Angehörige pflegen müssen, oder aber weil es kein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen in ihrer Gegend gibt. Genau für diese Personengruppen leistet der Sozialstaat bereits einiges.

Vieles ist ausbaufähig, dazu nur einzelne Stichworte: Kampf gegen die Kluft zwischen Arm und Reich, Geschlechter-

gerechtigkeit, Armutsbekämpfung oder Reformen des Sozialsystems im Hinblick auf den Wandel in der Arbeitswelt. Bei der großen Baustelle Pflege ist mit der Abschaffung des Pflegeregresses ein wichtiger Schritt gesetzt worden. Doch es fehlt weiterhin ein schlüssiges Konzept, wie die Pflege der Zukunft aussehen soll.

### Verteilungsgerechtigkeit nötig

Zuletzt noch ein paar Worte zur sozialen Hängematte, die sich ebenso erstaunlich beharrlich hält. Dabei kann man selbst die Mindestsicherung schon längst nicht mehr „einfach nur so“ beziehen. Vielmehr muss man nachweisen, dass man sich aktiv um einen Job bemüht. Nicht nur das, wenn man den Antrag stellt, muss man eine Menge Nachweise erbringen, dass man tatsächlich keine finanziellen Mittel hat, mit denen man den Lebensunterhalt bestreiten könnte.

Nun mag man argumentieren, dass es nur recht und billig ist, dass man diese Leistung auch nur dann in Anspruch nehmen kann. Weniger recht und billig aber ist es, dass sich Vermögende ihrem Beitrag zu den öffentlichen Haushalten entziehen. Immerhin profitieren sie nicht nur von der öffentlichen Infrastruktur, sondern auch vom sozialen Frieden. Dieser aber wird durch nicht mehr und nicht weniger als den viel kritisierten Sozialstaat gewährleistet.

## Sozial ist kein Mascherl

**Anderen Staaten ist Österreich in Sachen soziales Handeln noch weit voraus, doch auch bei uns knabbern neoliberale Gedankenspiele am System.**

Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter – der Sozialstaat steht uns bei. Gleichzeitig muss er die beste Ausgangssituation für die jüngere Generation sicherstellen.

Wie die Maßnahmen des Sozialstaats in Österreich wirken, zeigt u. a. die positive Verteilungswirkung: Haushalte im unteren Einkommensdrittel können ihren Anteil an den Gesamteinkommen von 12,5 auf 20 Prozent steigern.

Diese soziale Funktion wird bei der zunehmenden Ungleichheit der Markteinkommen immer wichtiger.

Der Sozialstaat wirkt für alle BürgerInnen: „Pensionssystem und Arbeitslosenversicherungssystem können immer noch als Vorbild dienen, weil sie breiter angelegt sind als in anderen Ländern und mehr Menschen daran teilhaben können“, erklärt Emmerich Tálos, emeritierter Professor für Politikwissenschaft.

Neoliberale Diskurse sind der Gegenentwurf. Bei diesem Ansatz stehen Marktaktivitäten im Vordergrund, nur im Notfall soll es monetäre Transfers geben – der Bedarf wird genauestens nachgeprüft. Ziel ist es, Menschen eigenverantwortlich handeln zu lassen. „Poor services for poor people“, der Staat möchte nicht zu großzügig sein.

Auch in Österreich werden neoliberale Ansätze diskutiert. Tálos: „In der Pensionsversicherung gibt es neoliberale Vorstellungen, dass die individuelle Vorsorge mehr Gewicht bekommt.“

Deutschland ist hier ein schlechtes Beispiel: Dort hat die **Riester-Reform** das gesetzliche System der Lebensstandardsicherung abgelöst. Ein hoher Teil der Verantwortung für die Alterssicherung wurde den Betriebs- und Privatpensionen überantwortet. Mit drastischen Auswirkungen: Durchschnittliche Pensionen langjähriger Versicherter fallen in Österreich bei Männern um gut 70 Prozent höher aus, bei Frauen ist die Pension gar mehr als doppelt so hoch.



# Was der Sozialstaat alles kann

*Beinahe überall in Europa wird Sozialpolitik betrieben, selten ist sie so effektiv wie in Österreich. Vorbild bleibt das nordische Modell, wo es Rechtsansprüche auf bestimmte Sozialleistungen gibt und mehr Professionalisierung.*

Text: Christian Resei und Sophia Fielhauer-Resei | Fotos: Michael Mazohl

**E**in Sozialstaat sollte gegen Armut kämpfen, Chancengleichheit im Bildungssystem ermöglichen und eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung bieten. So weit der Anspruch. Doch wie sieht es in der Realität aus? Die deutsche Bertelsmann Stiftung beurteilt regelmäßig das Niveau sozialer Inklusion in den (noch) 28 EU-Ländern. Im aktuellen „Index Soziale Gerechtigkeit“ schafft es Österreich auf Platz 6 – damit zählt es zu den sozial gerechtesten Ländern in Europa. Der Sozialbericht 2015/2016 des Sozialministeriums führt an, dass rund 30 Prozent der jährlichen wirtschaftlichen Wertschöpfung (Bruttoinlandsprodukt) für soziale und gesundheitsbezogene Leistungen aufgewendet wurden. Mit dieser sogenannten Sozialquote liegt Österreich im oberen Drittel der EU-Länder und gehört zu den am besten entwickelten Sozialstaaten. Dennoch gilt es, einige Herausforderungen zu bewältigen und Lücken zu schließen, um dieses Top-Niveau beibehalten zu können.

## Wem der Sozialstaat nutzt

Wie gut der Sozialstaat wirkt, lässt sich unter anderem daran ablesen, ob er in der Lage ist, die sozial Schwächsten zu unterstützen. Allerdings ist dies in jenem

Wohlfahrtsstaatssystem, in das sich Österreich einreicht, lediglich die Minimalanforderung, ein weiteres Thema ist die Umverteilung. „Die Einkommensunterschiede am Arbeitsplatz sind in den letzten Jahren weiter angestiegen“, weiß Christine Mayrhuber, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO). „Der Sozialstaat setzt sich die Aufgabe, diese Ungleichheit zu mindern. Er wird in der Ökonomie über Verteilungsgerechtigkeit und über ein umfassendes Leistungsangebot etwa bei der Betreuung, Bildung, Gesundheit etc. definiert.“ Mayrhuber ist eine der AutorInnen der WIFO-Studie „Umverteilung durch den Staat in Österreich“, erschienen im Mai 2016. Dabei zeigte sich: Bei den monetären Transfers profitiert das unterste Drittel am meisten – und zwar mit etwa 60 Prozent. Mit 25 Prozent gewinnt das mittlere Drittel und mit knapp 16 Prozent das oberste Drittel. Damit wird allerdings nur ein Aspekt des Sozialstaats berücksichtigt. Ein mindestens ebenso wichtiger Aspekt sind die sogenannten realen Transfers, zu denen etwa Kindergarten oder Leistungen des Gesundheitssystems zählen. Werden diese in die Betrachtung miteinbezogen, so zeigt sich ein anderes Bild: 37 Prozent fließen ins untere Drittel, 34 Prozent ins mittlere und 29 Prozent in das obere

Drittel. Kurz gesagt: Sozialstaatlichkeit kommt beinahe allen in gleichem Maße zugute.

Im Bericht wurde auch untersucht, wie sehr der Sozialstaat für einen Ausgleich sorgt – und er leistet in Österreich sehr viel. „Wenn man sich die Markteinkommen anschaut, so haben die reichsten 10 Prozent ein 32-mal so hohes Einkommen wie die ärmsten 10 Prozent“, erklärt Marc Pointecker, der die Abteilung „Sozialpolitische Grundlagenarbeit“ im Sozialministerium leitet. „Nach Eingreifen des Staates, etwa durch Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Pensionen, liegt das Verhältnis nur mehr bei 1:6.“ Zwar sei die Einkommensungleichheit in Österreich hoch, doch im europäischen Vergleich stehe Österreich noch relativ gut da. Gravierend und auffällig hingegen sei der Unterschied bei den Vermögen. Österreich ist hier in einer problematischen Spitzenposition: Der Europäischen Zentralbank (EZB) zufolge findet sich die höchste Vermögenskonzentration innerhalb der EU ausgerechnet in Österreich. Damit besitzt das reichste Prozent in Österreich etwa ein Drittel des Vermögens. Umgekehrt betrachtet, verhält sich die Schiefelage wie folgt: Gemeinsam verfügen die unteren 80 Prozent über so viel Besitz wie das reichste Prozent. „Das hängt wahrscheinlich auch mit der geringen Vermögenssteuer zusammen“, vermutet Pointecker. Die Folge: Nicht nur die Finanzierung des Sozialstaats basiert in erster Linie auf Arbeitseinkommen.

### S soll nicht nur fürs Sparen stehen

„Sozialschutz in schwierigen Lebenslagen, Stabilisierungsfunktion in Krisenzeiten und Sozialinvestitionen: Das sind die drei Aufgaben, die jeder Sozialstaat erfüllen muss“, erklärt Adi Buxbaum die drei wichtigen „S“ im Sozialstaat. Der Volkswirt ist in der Abteilung Sozialpolitik der Arbeiterkammer Wien tätig. Sozialschutz gewährleistet vor allem Hilfe im Krankheitsfall und Alter, bei Arbeitslosigkeit und Invalidität oder unterstützt bei der Gründung einer Familie. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten stabilisiert der Sozialstaat mittels Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen, kürzt keine Leistungen, um den privaten Konsum auf-

rechtzuerhalten, und investiert zur Erleichterung des Wiederaufschwungs. In Kindergärten und Schulen stecken die sogenannten Sozialinvestitionen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

### Soziale Effekte wirken nachhaltig

„Oft werden nur die Kosten der Sozialpolitik betrachtet, doch das ist eine sehr einseitige Sicht der Dinge“, hält Buxbaum fest. „Die sozialen Effekte sind zwar oft ökonomisch schwer zu bewerten, aber sie sind augenscheinlich.“ Zu behaupten, es werde z. B. in die Kinderbetreuung investiert, und das habe keinen Nutzen für die Wirtschaft, sei falsch. Buxbaum hat mit AK-KollegInnen den Nutzen von Investitionen in verschiedene soziale Dienstleistungen berechnet – „eine Kosten-Nutzen-Rechnung, die bisher nicht im Diskurs vorhanden war“, wie der Experte betont. Das Ergebnis: Aufwendungen für die Kinderbetreuung rentieren sich schon nach vier Jahren, und zwar unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung. Warum das so ist, ist leicht erklärt: Mütter bzw. Eltern können ihr Arbeitsstundenvolumen erhöhen oder den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt früher wagen. Zudem werden in den Betreuungseinrichtungen Arbeitsplätze geschaffen. Alles in allem also erhält der Staat Mehreinnahmen, die unter anderem in die Finanzierung dieser Investitionen fließen können.

Diese Kosten-Nutzen-Darstellung habe ebenso geholfen, die Investitionen auch bei angespannten Budgets zu rechtfertigen und die Folgen der Wirtschaftskrise zu bewältigen, so Buxbaum: „In der Krise haben die meisten Länder nur gespart. Österreich hat beides gemacht: gespart und Offensivmaßnahmen gesetzt. Die Kinderbetreuung und Ganztagschulen wurden ausgebaut, zusätzlich wurde in den Pflegefonds investiert. Dadurch sind wir besser als andere durch die Krise gekommen.“

Marc Pointecker vom Sozialministerium gibt zu bedenken, welche langfristigen Gewinn Investitionen in die Kinderbetreuung bringen: „Die Gesellschaft profitiert von Maßnahmen des Sozialstaats. Untersuchungen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind in der Schule Probleme bekommt, deutlich hö-

her ist, wenn es nicht in den Kindergarten gegangen ist. Je länger Kinder den Kindergarten besuchen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie gute SchülerInnen werden.“ Fazit: „Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist etwas, das stark vorbeugend wirkt.“ Denn immer noch wird Bildung in Österreich vererbt. Und gerade bei bildungsfernen Schichten – insbesondere bei MigrantInnen – wirkt der Kindergarten am stärksten. Hier in Betreuung zu investieren hat also einen enormen Effekt.

### Kosten in Konkurrenz

Allerdings rechnet sich nicht jede sinnvolle Investition unmittelbar. Dazu kommt der Irrglaube, dass Nicht-Handeln günstiger wäre. Mit reinen Kostenargumenten werden etwa die Rehabilitationsmaßnahmen für 55-jährige, gesundheitlich eingeschränkte Arbeitslose verhindert oder die Etablierung eines zweiten oder dritten Arbeitsmarkts infrage gestellt. Dies ist ein äußerst problematischer Zugang, denn wenn die Bedürfnisse dieser Menschen ignoriert werden, würde das auf Dauer gesehen nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Gesellschaft viel härter treffen. „Langfristig sind die Kosten des Nicht-Handelns teurer“, mahnt AK-Experte Buxbaum.

Dazu kommt, dass Kosten für den Sozialschutz (etwa das Arbeitslosengeld) und Sozialinvestitionen (etwa Qualifizierungsmaßnahmen) zu schnell und zu leichtfertig gegeneinander ausgespielt werden. „Dabei können sich diese Maßnahmen nur komplementär ergänzen“, merkt Buxbaum an. Denn abseits der Wirtschaftlichkeit sind auch sozialer Friede oder die Planbarkeit des Lebens hohe Werte, die eine Gesellschaft auszeichnen.

Im österreichischen Wohlfahrtsstaat ist der Sozialstaat dem Arbeitsmarkt nachgeordnet. Dies bringt weitere Herausforderungen mit sich. „Wenn sich das Erwerbsleben grundlegend wandelt, dann kann auch der Sozialstaat seine ursprüngliche Funktion nicht mehr erfüllen“, weiß Christine Mayrhuber vom WIFO. Dies zeigt sich am deutlichsten am Beispiel der Pensionen. Derzeit gilt: Wer 45 Versicherungsjahre hat, bekommt 80 Prozent des durchschnittli-





**Staatliche Intervention:** Soziale Effekte sind ökonomisch schwer zu bewerten, doch sie sind sichtbar. Unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung rentieren sich u. a. Aufwendungen für die Kinderbetreuung. Denn Eltern können ihr Arbeitsstundenvolumen erhöhen oder den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt früher wagen. Zudem werden durch die Betreuungseinrichtungen neue Arbeitsplätze geschaffen.

**Staatliche Zurückhaltung:** Neoliberale Ansätze verlagern das Risiko immer stärker in das Private. Der Markt wird es schon richten, egal, ob es um Pensionsvorsorge oder Arbeitslosigkeit geht. BürgerInnen sollen wenig Arbeitslosengeld erhalten, damit sie rascher in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Ob sie dort überhaupt noch Chancen haben, spielt in neoliberalen Plänen kaum eine Rolle.

chen Lebenseinkommens. Deshalb ist der Pensionsanspruch nach einer „normalen Arbeitskarriere“ in Österreich noch immer relativ hoch – etwa im Vergleich zu Deutschland –, und zwar obwohl die Reformen vor etwa zehn Jahren die Pensionen de facto gekürzt haben. Anders aber ist die Situation von Menschen, die eine atypische Arbeitskarriere hinter sich haben. Finden sich nämlich einige Teilzeitjahre in diesen 45 Versicherungsjahren, kann das zu Problemen beim Pensionseinkommen führen. Ebenso sind viele Erwerbskarrieren der Jüngeren oft mit Erwerbsunterbrechungen verbunden – entweder, weil jemand seinen Arbeitsplatz verliert, für die Weiterbildung eine Auszeit nimmt oder wegen der Kinder zu Hause bleibt.

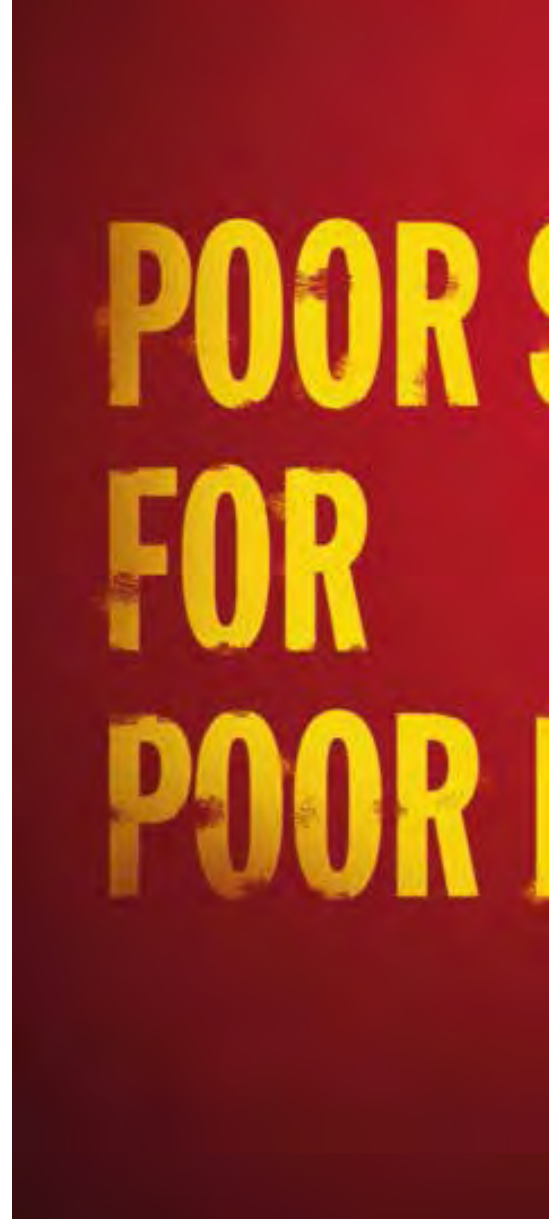
#### Unsoziales 4.0

Auch die Zahl der (oft unfreiwilligen) Selbstständigen wächst weiter. Die Ursachen sind allerdings nicht im Sozialversicherungssystem zu finden, sondern in gesellschaftlichen Veränderungen. „In den vergangenen Jahren gab es einen Wandel, etwa das Überhandnehmen von kurzfristigen Praktika, Crowdworking oder Clickworking – prekäre, zum Teil scheinselfständige Beschäftigungsverhältnisse“, erklärt Marc Pointecker. Bei der sogenannten Arbeit 4.0 werden Rechte, die anderswo schon längst erkämpft wurden, infrage gestellt. „Wir müssen schauen, wie die Menschen besser abgesichert werden können. Ein Beispiel, das in die richtige Richtung zeigt, ist etwa die erfolgte Einbeziehung der freien DienstnehmerInnen in die Sozialversicherung.“ Es ist eine Herausforderung, die sich nicht nur Österreich stellt, sondern vielmehr der gesamten EU.

Eine andere Herausforderung für den österreichischen Wohlfahrtsstaat sind neoliberale Diskurse. In diesem

Ansatz stehen Marktaktivitäten im Vordergrund, nur im Notfall soll es monetäre Transfers geben, wobei sehr genau geprüft werden soll, ob die Betroffenen auch wirklich einen Bedarf danach haben. Ziel ist es, die Menschen eigenverantwortlich handeln zu lassen. Was dabei aber völlig übersehen wird, ist, ob die Rahmenbedingungen auch tatsächlich ein entsprechendes Handeln ermöglichen. „Poor services for poor people“, fasst Adi Buxbaum die Folge zusammen: „Es kommt häufig zu Bedarfsprüfungen, denn der Staat möchte ja nicht zu großzügig sein. Der Markt wird es schon richten, und bloß nicht zu sehr helfen, denn sonst gäbe es Fehlanreize.“ Eine Argumentationslinie lautet entsprechend: Menschen sollten wenig Arbeitslosengeld erhalten, damit sie rascher in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Ob sie auf dem entsprechenden Arbeitsmarkt überhaupt eine Chance haben, einen Job zu finden – etwa weil die Arbeitslosigkeit hoch ist –, spielt in diesem Zugang keine Rolle.

Insbesondere in Großbritannien und Irland hat sich dieser Zugang etabliert. Zumindest in der politischen Diskussion hat er auch in Österreich seine Spuren hinterlassen. „Wenn die OECD eine Publikation vorstellt und erwähnt, dass Österreich einen hohen Anteil an Sozialausgaben bei den Staatsausgaben hat, wird es in unserem Diskurs negativ gesehen“, weiß Christine Mayrhuber. „Dabei kann es durchaus positiv und nicht als Belastung gesehen werden, wenn dem Staat die soziale Absicherung etwas wert ist.“ Auch der Zusammenhang zwischen Sozialstaat und Wirtschaftsstandort wird meist negativ dargestellt. „Bis jetzt wird das immer als Konkurrenzverhältnis gesehen. Doch wir sehen, dass es massiv komplementär ist“, berichtigt Adi Buxbaum. „Es braucht den Dreischritt: eine hohe



Abgabenquote, die eine hohe Staatsaktivität ermöglicht und eine hohe Produktivität bewirkt. Etwa durch Bildungsinvestitionen, Aufwendungen in die öffentliche Infrastruktur oder durch Technologieförderung.“

#### Viel Motivation, wenig Möglichkeiten

Auf der anderen Seite reicht der soziale Wille allein nur wenig. „In Österreich gibt es den Trend, starke soziale Anreize zu setzen, ohne die reale Grundlage des Arbeitsmarkts mitzugestalten“, kritisiert WIFO-Expertin Mayrhuber. „Man setzt auf finanzielle Motivation, ohne zu schauen, ob die reale Situation gegeben ist, dass diese Anreize überhaupt wahrgenommen werden können. Ist denn der Arbeitsmarkt für Ältere vorhanden?“

In anderen Ländern würden Firmen in die Pensionsreform eingebunden. Es werde überlegt, was verändert werden kann, damit die Menschen länger im



SERVICES  
PEOPLE

Betrieb bleiben. Dabei sind die Unternehmen auch viel stärker verpflichtet, sich um erkrankte, ältere MitarbeiterInnen zu kümmern als hierzulande. Marc Pointecker: „In Österreich müssen die Arbeitgeber ihre Sozialabgaben zahlen und damit ist alles erledigt. Wenn jemand aufgrund der Arbeitsbedingungen schwer krank oder invalide wird, dann kostet das dem Unternehmen keinen Cent.“ Der Experte im Sozialministerium kennt Staaten, wo die Arbeitgeber zur Rechenschaft gezogen werden und arbeitsbedingte Invalidität auch den Unternehmen verrechnet wird.

### Frauen haben es immer noch schwer

Bei der geschlechtsspezifischen Ungleichheit in der Entlohnung endet der Sozialstaat. Die öffentliche Hand kann nicht direkt eingreifen, sondern etwa nur Betreuungseinrichtungen anbieten, damit Frauen (theoretisch) bessere Chancen am

Arbeitsmarkt haben. Doch der Arbeitsmarkt ist angespannt, der Arbeitsdruck nimmt stetig zu, Männer fürchten auch deshalb die Väterkarenz. Zu wenig hat sich dahingehend in den letzten Jahrzehnten verändert. Gewachsene Strukturen und Wertehaltungen machen eine Veränderung obendrein schwierig. In Dänemark stoßen Eltern, die ihr Kind nicht spätestens mit einem Jahr in den Kindergarten geben, auf großes Unverständnis. „Es erweckt den Eindruck, dass sie nicht das Beste für ihr Kind wollen“, erzählt Pointecker. Anders ergeht es Eltern in Österreich: „Den Begriff Rabenmutter gibt es eigentlich nur im deutschen Sprachraum. Bei uns wird man eher schief angesehen, wenn die Kinder recht früh in den Kindergarten gehen.“

Trotz all dieser Herausforderungen fällt das Urteil über den österreichischen Sozialstaat positiv aus. Beinahe überall in Europa wird Sozialpolitik betrieben, selten ist sie so effektiv wie in Öster-

reich. Die initiierten Maßnahmen halfen durch die Krise und garantierten einen erheblichen sozialen Ausgleich innerhalb der Bevölkerung. Vorbild bleibt aber das nordische Modell, wo es Rechtsansprüche auf bestimmte Sozialleistungen gibt und mehr Professionalisierung u. a. in der Altenbetreuung herrscht. Adi Buxbaum: „In Österreich werden viele gesellschaftspolitisch relevante Fragen über die Familie beantwortet. Von Frauen wird oft noch erwartet, dass sie bei den Kindern und bei den zu pflegenden Angehörigen bleiben. Da ist noch Luft nach oben. Mittelfristig und langfristig sollten wir uns am nordischen Modell orientieren.“

---

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen  
[resei@gmx.de](mailto:resei@gmx.de)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Der soziale Mehrwert

*Die soziale Infrastruktur ist ein wichtiger Teil des Sozialstaats.  
Der Ausbau von Kinderbetreuung und Pflege kann zum Jobmotor werden.*

Sandra Knopp und Udo Seelhofer  
Freie JournalistInnen

**D**ie Kleinen züchten Urzeitkrebse, lernen, wie man Hühner aufzieht, oder besuchen das Freibad. Die Eltern können in den Ferien arbeiten, ohne extra Betreuung aufzustellen. Kinderkrippen und Horte: Pro Jahr betreut das Eltern-Kind-Zentrum (Ekiz) Sölllandl rund 200 Kinder und Jugendliche in den Tiroler Gemeinden Ellmau, Going, Söll und Scheffau.

Die Kooperation der Gemeinden entstand aus einem Engpass. „1994 habe ich nach der Geburt meiner Tochter als Tagesmutter gearbeitet und war relativ alleine. In der Region gab es kaum Kinderbetreuung“, blickt Geschäftsführerin Alexandra Sollerer zurück. Zusammen mit anderen Eltern und Unternehmern gründete sie das Ekiz. Dort sind heute 34 Pädagoginnen beschäftigt. Die Kinderbetreuung ist ganztägig und ganzjährig. Das hatte positive Effekte: In Scheffau siedelten sich junge Familien an, es entstanden neue, nachhaltige Jobs in der ganzen Region.

## Zukunftsinvestition

In sozialen Berufen wie Kinderbetreuung und Pflege arbeiten überwiegend Frauen. Investitionen in diese Branchen schaffen und ermöglichen neue Jobs, auch abseits der Betreuung. Zurzeit übernehmen viele Frauen Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen selbst – und somit unbezahlt. „Es gilt, unbezahlte in bezahlte Arbeit umzuwandeln“, erklärt AK-Expertin Ingrid Moritz. „Ein besseres Betreu-

ungsangebot entlastet Frauen, die so selbst Karriere machen können.“ Dazu kommt: Die Berufstätigkeit sichert die Pension.

Um das Angebot an Kinderbetreuung und Pflege zu verbessern, muss in Infrastruktur und qualifiziertes Personal investiert werden – für die Arbeiterkammer ein Erfolgsrezept: Würde der Bund 100 Millionen Euro über vier Jahre investieren, könnten in der Kinderbetreuung bis zu 14.000 neue Jobs geschaffen werden und bis zu 28.000 Mütter einer Arbeit nachgehen. 2.300 Jobs entstünden in anderen Branchen, so eine AK-Studie. Einkommensteuer und Abgaben fließen an den Staat, Ausgaben für Arbeitslosenhilfe und Mindestsicherung wiederum sinken. „Es ergeben sich Mehreinnahmen zu den laufenden Kosten“, erläutert Moritz.

## Qualität

Je mehr Aufgaben von Haushalten in den öffentlichen Sektor wandern, desto mehr Jobs entstehen für Menschen mit unterschiedlichem Anforderungsprofil: So sind für einen funktionierenden Kindergarten Pädagoginnen, Assistentinnen, Reinigungskräfte, Hausmeister oder Küchenpersonal notwendig. Investitionen in soziale Jobs sorgen für ein besseres Leistungsangebot. So fordert Margit Pollak von der Gewerkschaft für Gemeindebedienstete einen Ausbau an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige. „Es geht nicht, dass man Kleinkindergruppen mit 25 Kindern hat, das Gesetz schreibt 15 vor.“ Sie betont, dass ein Ausbau ohne entsprechende Qualifizierung des Per-

sonals unmöglich sei. Dem stimmt Sophie Schallamon zu. Sie arbeitet als Kindergartenpädagogin im 15. Wiener Gemeindebezirk. „Ich arbeite gerne mit Kindern und schätze es, dass ich den Tagesablauf selbst gestalten und entscheiden kann, was für die Kleinen wichtig ist.“

Um besser auf ihre Schützlinge eingehen zu können, wünscht sie sich kleinere Gruppen. „Wir haben zwar Assistentinnen, bei 25 Kindern kann man aber nicht auf jedes gleichermaßen eingehen. Mit mehr Personal könnte man sich das besser einteilen.“ Sie wünscht sich zudem mehr Fortbildungsangebote.

## Teilzeit/Vollzeit

In Österreich ist die Kinderbetreuung sehr unterschiedlich. In Wien sind Kindergärten – abgesehen von einem Beitrag für das Mittagessen – beitragsfrei. Bei den unter Dreijährigen können 71 Prozent der Kinder mit einem Betreuungsplatz versorgt werden, bei den Drei- bis Sechsjährigen liegt die Zahl der vorhandenen Plätze sogar bei über 100 Prozent.

Die Öffnungszeiten sind so gestaltet, dass Mütter auch Vollzeit arbeiten können. Davon kann man in einigen Gemeinden nur träumen. Die Teilzeitquote in Österreich liegt laut Statistik Austria bei 28,7 Prozent, Tendenz steigend. Traditionell arbeiten viele Frauen in Teilzeit. „Der Ausbau an sozialen Jobs mit entsprechenden Öffnungszeiten führt zu mehr Vollzeitjobs“, so Gudrun Biffel. Sie leitet das Department Migration und Globalisierung an der Donauuniversität Krems. Alleinverdienerabsetzbetrag, Kindergeld, Familienbeihilfe:

Österreichs Familienpolitik setzt vielfach auf **Transferleistungen**. „Das regt aber zu einem Verbleib im Haushalt an“, kritisiert Biffl. Es sei für den Staat sinnvoller, in qualitätsgesicherte Betreuung zu investieren.

Ein Paradebeispiel seien die Niederlande, die aus Fehlern der frühen 1980er-Jahre gelernt haben: Damals mangelte es dort an guter Kinderbetreuung. Viele Frauen blieben zu Hause. Die Regierung steuerte gegen: Arbeitszeitmodelle für Eltern von Kleinkindern wurden angepasst, die Arbeitszeit reduziert. Väter können einen Tag pro Woche zu Hause bleiben, Mütter nehmen meist zwei Tage pro Woche. Den Rest übernehmen öffentliche Einrichtungen. „Männer und Frauen können wertvolle Zeit mit dem Nachwuchs verbringen und dennoch Karriere machen“, so Gudrun Biffl.

„In Österreich müssen sich Frauen immer noch zwischen Kind und Karriere entscheiden“, kritisiert Biffl. Je höher die Qualifikation, desto geringer ist denn auch die Geburtenzahl.

Anders sieht es im hohen Norden aus, wie die Expertin erklärt: Skandinavische Länder haben eine traditionell hohe Frauenerwerbsquote und eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur mit strengen Qualitätsstandards. „Die Bezahlung der Frauen entspricht der guten Ausbildung“, so Biffl. Der Staat subventioniert zwar, aber dafür sind die Lohnunterschiede zu anderen Branchen geringer. Das schmälert den Gender Pay Gap.

### **Pflegemodell nicht zukunftsfähig**

Eine riesige Baustelle ist das Thema Pflege, obwohl auch hier ein großes Jobpotenzial schlummert. Denn nach wie vor werden 80 Prozent der Pflege- und Betreuungsarbeit in Österreich zu Hause erledigt, von Angehörigen und unbezahlt. Laut **„Kompetenzzentrum Qualitätssicherung“** waren 2015 rund drei Viertel jener, die zu Hause pflegen, weiblich.

Im Durchschnitt ist die Hälfte der pflegenden Frauen im erwerbsfähigen Alter. Dieses Modell aber ist nicht zukunftsfähig: Laut einer aktuellen WIFO-Studie wird die Zahl an Frauen,



die solche privaten Pflegetätigkeiten ausüben können, sinken. Da wäre zum einen der demografische Wandel: Immer mehr Ältere stehen immer weniger Jüngeren gegenüber. Außerdem wird die Zahl an Ein-Personen-Haushalten laut Statistik Austria bis zum Jahr 2030 um 17 Prozent steigen. Das bedeutet: Rund 700.000 Menschen über 65 werden allein wohnen. Zudem steigt die Frauenerwerbsquote stetig.

Die Personalsuche in der mobilen Pflege ist schwierig, denn der Job ist sehr anspruchsvoll. Die Ausbildung wird künftig vier statt drei Jahre dauern, dazu kommt eine Fortbildungsverpflichtung. Auch die stationäre Pflege wird künftig akademischer.

Der Pflegeberuf verlangt einem einiges ab: Man braucht neben Fachwissen viel Toleranz, Flexibilität, Empathie und soziale Kompetenz. Die Fluktuation ist hoch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Herausforderung. Da viele Pflegebedürftige so lange wie möglich zu Hause bleiben wollen, empfehlen die WIFO-Studienautoren, die mobile Pflege zu forcieren. Da dies aber nur begrenzt möglich ist, müsste auch die stationäre Pflege ausgebaut werden. In

der mobilen und stationären Pflege sind in Österreich 64.000 Menschen beschäftigt.

### **Mehr Chancen für Frauen**

Auf den Punkt gebracht bringen Investitionen in soziale Berufe mehr Job- und Aufstiegschancen für Frauen. Studienergebnisse verdeutlichen, dass mehr Geld für den sozialen Bereich zu einem besseren Betreuungsschlüssel, mehr Qualität und mehr Steuereinnahmen führen würde. Solcherlei Jobs, gepaart mit entsprechender Kinderbetreuung, könnten zu einem Wirtschaftsmotor werden und Gemeinden vor Abwanderung bewahren. Kurzum: Investitionen in soziale Dienstleistungen tragen nicht nur zu mehr Geschlechtergerechtigkeit bei – sie rechnen sich auch.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die AutorInnen  
[udoseelhofer426@msn.com](mailto:udoseelhofer426@msn.com)  
[sandra.knopp@gmx.at](mailto:sandra.knopp@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Weltmeister oder Totalversager?

*Erst internationales Vorbild, dann Vertreibung aus dem Familienparadies: die österreichische Familienpolitik im EU-Vergleich.*

Sybille Pirklbauer

AK Wien Frauen und Familien

Viele Jahre war vom „Weltmeister Österreich“ in der Familienpolitik die Rede. Ein internationales Vorbild sei das Land. Liest man die Presseaussendungen mancher Familienverbände heute, klingt es allerdings, als hätte eine brutale Vertreibung aus dem Familienparadies stattgefunden. Wurde die Alpenrepublik etwa im Ländervergleich abgehängt? Die Antwort auf die Frage ist kein simples Ja oder Nein. Wie so oft zeigt sich die Wirklichkeit facettenreich.

## Geld oder Leistung?

Familienpolitik bedient sich unterschiedlicher Mittel. Sie kann Familien unterstützen, indem sie wichtige Leistungen bereitstellt, etwa kostengünstige Kinderbetreuung oder Gesundheitsversorgung von Familienmitgliedern. Sie kann Familien auch bestimmte Rechte einräumen wie das Anrecht auf Elternkarenz oder Pflegeurlaub. Und sie kann Familien schlicht und einfach Geld geben: entweder als direkte Geldleistung – kurz Transfer – gewissermaßen bar auf die Krallen. Oder indirekt als Steuerkürzung.

In der Regel bedienen sich alle europäischen Länder eines Mix dieser Möglichkeiten – allerdings mit sehr unterschiedlichen Gewichtungungen. Die jeweilige Betonung variiert je nach ideologischer Ausrichtung der bestimmenden politischen Kräfte. So setzen die skandinavischen Staaten aufgrund einer Poli-

tik der Chancengleichheit schon seit Langem vorrangig auf hochqualitative und exzellent ausgebauten Kinderbetreuung. In Deutschland spielen hingegen konservative Vorstellungen von Familie noch immer eine große Rolle. Dementsprechend haben hier steuerliche Maßnahmen – vor allem das „Ehegattensplitting“ – großes Gewicht. Damit werden vor allem Paare mit einer traditionellen Arbeitsteilung gefördert.

## Bei Kinderbetreuung abgehängt

Um die familienpolitische Großzügigkeit und den Politik-Mix besser einordnen zu können, lohnt sich ein Blick auf emotionslose Zahlen. Im Vergleich zu anderen Staaten war Österreich gemessen an der Wirtschaftsleistung lange Zeit besonders großzügig in Sachen Familienleistungen. Diesen Spitzenplatz hat es in den letzten Jahren verloren. Hat die Alpenrepublik im OECD-Vergleich im Jahr 1980 (nach Schweden) noch am zweitmeisten für Familien ausgegeben, liegt sie aktuell nur auf Platz 10. Wie konnte das passieren? Ein näherer Blick zeigt: Österreich wurde bei der „Elementarbildung“ – vulgo Kinderbetreuung – abgehängt.

In diesem Bereich gab es nämlich eine extrem dynamische Entwicklung. Lag Österreich 1980 bei den Ausgaben für Kinderbetreuung noch auf Platz 6, rasselte es bis 2008 auf Platz 25 hinunter. Danach wurden die Auswirkungen verstärkter Investitionen durch den Bund sichtbar, womit das kleine Land an der Donau wieder an die 13. Stelle kletterte. Insgesamt haben sich die Aus-

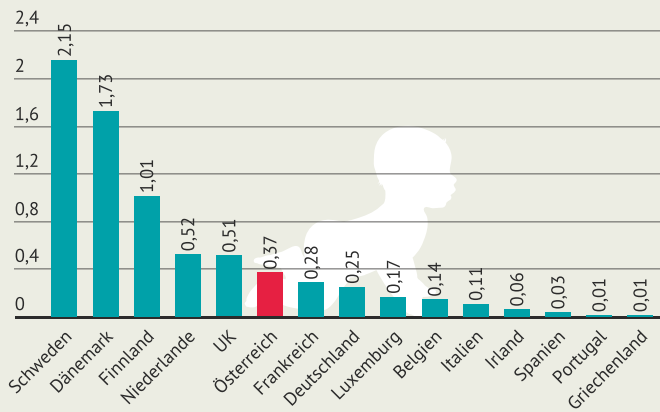
gaben für Kinderbetreuung seit 1980 in Österreich zwar verdoppelt, in anderen Ländern stiegen sie aber wesentlich stärker: in Deutschland um das Vierfache, in Frankreich um das Fünffache, in Italien und Belgien um das Siebenfache, in Irland um das 17-Fache und in Spanien gar um das 29-Fache – in den letzteren beiden allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau.

Alle genannten Staaten lagen 1980 hinter Österreich und haben uns mittlerweile deutlich überholt. Kein Wunder, liegen die Ausgaben für Kinderbildung mit 0,65 Prozent am BIP hierzulande noch immer weit unter dem OECD-Durchschnitt von 0,93 Prozent. Das alpine Land hat also eindeutig in der Kinderbetreuung und -bildung den internationalen Anschluss verloren.

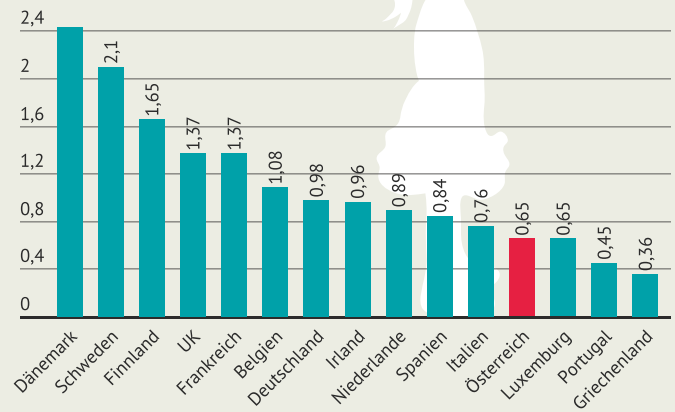
## Geld fürs Daheimbleiben?

Betrachtet man nur die Geldleistungen für Familien, büßte Österreich zwar einige Plätze seit 1980 ein, liegt aber immer noch unter den besten Staaten. Aber auch hier gibt es eine breite Palette an Möglichkeiten, wie diese ausgestaltet sind und welche Anreize damit gesetzt werden. Zentral ist dabei unter anderem die Frage, ob das lange Zuhausebleiben eines Elternteils – klassischerweise der Mutter – gefördert wird oder ob eine partnerschaftliche Teilung der Familienarbeit unterstützt wird.

Das lässt sich gut am Kinderbetreuungsgeld – kurz KBG – illustrieren. Dieses ist nach der Familienbeihilfe die zweitwichtigste Geldleistung für Familien in Österreich. Rund 1,3 Milliarden



1980

Ausgaben für **Kinderbetreuung** in % des BIP

2011

Euro werden jährlich aufgewendet, damit sich Eltern nach der Geburt ihres Kindes dessen Betreuung widmen können. Dafür standen bislang unterschiedliche Varianten zur Auswahl. Maximal konnte ein Elternteil bis zu 30 Monate Kinderbetreuungsgeld beziehen, beide zusammen sogar 36 Monate. Der monatliche Betrag war mit rund 436 Euro allerdings recht gering. Bei der kürzesten, einkommensabhängigen Variante beträgt die Dauer 12 Monate für einen Elternteil, plus zwei Monate, wenn es auch der zweite Elternteil in Anspruch nimmt. Der monatliche Betrag variiert je nach Einkommen zwischen 1.000 und maximal 2.000 Euro.

Wie sich diese Leistung im Hinblick auf die Förderung partnerschaftlicher Teilung im EU-Vergleich darstellt, hat sich Wirtschaftswissenschaftlerin Helene Dearing in einer Studie angeschaut. Darin hat sie die beiden oben angeführten Modelle analysiert. So unterschiedlich diese beiden Varianten sind, so verschieden war auch die Platzierung im internationalen Ranking: Befand sich Österreich mit der 30+6-Monats-Variante im unteren Mittelfeld der europäischen Staaten, rangierte es beim einkommensabhängigen Modell unter den Top Drei.

### Trend zu Gleichstellung

Mit der Einführung des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes wurde also ein Schritt in Richtung Väterbeteiligung und mehr Gleichstellung gemacht. Das neue Kinderbetreuungsgeld-Konto sieht zusätzliche Anreize für eine

partnerschaftliche Teilung der Karenzzeiten vor. Damit liegt Österreich im internationalen Trend.

In vielen europäischen Ländern wird Karenzpolitik als Maßnahme zu mehr Ausgewogenheit zwischen Frauen und Männern bei Familienarbeit eingesetzt. In Schweden und Norwegen geht diese Schwerpunktsetzung bereits bis in die 1970er-Jahre zurück.

Schweden war 1974 das erste Land, das für Väter einen Anspruch auf Karenz gewährt hat. Da diese den Anspruch aber meist auf ihre Partnerinnen übertragen, führten einige nordische Staaten eine sogenannte „Vaterquote“ ein. Diese sieht vor, dass ein gewisser Teil der Karenz nur von den Vätern beansprucht werden kann. So gibt es in Schweden seit 2002 eine Vaterquote von zwei Monaten. Heute gehen dort 9 von 10 Vätern in Karenz.

### Seltsam unentschlossenes Österreich

Auch in Österreich kann ein gewisser Anteil des KBG nur von Vätern in Anspruch genommen werden. Mit dem neuen KBG-Konto wurde dieser Anteil noch erhöht. Fast schaut es aus, als wäre Österreich Vorreiter in Sachen fortschrittlicher Familienpolitik. Das trifft aber nur punktuell zu.

In der Gesamtsicht mutet österreichische Familienpolitik seltsam unentschlossen an. Einerseits wurde in den letzten Jahren viel Geld an Familien ausgeschüttet. Allein die Erhöhung der Familienbeihilfe machte 800 Millionen Euro aus. Damit wird eine traditionelle Arbeitsteilung zwischen Frauen und

Männern eher verfestigt. Gleichzeitig wurde vom Bund fast eine halbe Milliarde Euro für den Ausbau von Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt, was es Frauen beträchtlich erleichtert, auch mit Kindern erwerbstätig zu sein. Kurz gesagt: Es wird viel Geld darauf verwendet, konservative und fortschrittliche Familienpolitik gleichermaßen zu betreiben.

### Mehr Chancengleichheit für Kinder

Dabei spräche nicht nur der internationale Trend dafür, deutlich mehr Geld in die Kinderbetreuung zu investieren. Das würde nicht nur zur Gleichstellung am Arbeitsmarkt beitragen, es könnten auch Tausende Jobs damit geschaffen werden. Zudem würde die Chancengleichheit der Kinder massiv gefördert. Und nicht zuletzt würden sich diese Investitionen aufgrund der positiven Beschäftigungseffekte schon in wenigen Jahren für die öffentliche Hand rechnen.

Blogtipps:

Buxbaum/Pirklbauer: Elementarbildung:  
Investitionen rechnen sich:  
[blog.arbeit-wirtschaft.at/15195-2](http://blog.arbeit-wirtschaft.at/15195-2)

Dearing/Hauer: Kinderbetreuungsgeld  
und Gleichstellung  
<http://blog.arbeit-wirtschaft.at/12653-2>

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[sybille.pirklbauer@akwien.at](mailto:sybille.pirklbauer@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



**Evelyn Regner.** Sie sitzt seit Juli 2009 als sozialdemokratische Abgeordnete im Europäischen Parlament, seit 2015 ist sie Leiterin der fünfköpfigen SPÖ-Delegation. Als Gewerkschafterin engagiert sich die gebürtige Wienerin besonders für den Schutz und Ausbau der Beschäftigtenrechte – auch außerhalb Europas – sowie für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands. In der aktuellen Wahlperiode (2014–2019) fungiert die Juristin unter anderem als sozialdemokratische Fraktionssprecherin für Rechtsangelegenheiten.



# Wir brauchen europäische Mindeststandards

*Die EU-Parlamentarierin Evelyn Regner im Gespräch über mögliche Wege zu einem sozialeren Europa und inwieweit Österreich hier tatsächlich Vorbild sein kann.*

Interview: Astrid Fadler | Fotos: Michael Mazohl

**Arbeit&Wirtschaft:** Wenn Sie als mittlerweile langjährige Abgeordnete im Europäischen Parlament das österreichische Sozialsystem mit anderen Ländern vergleichen, was fällt Ihnen dazu spontan ein?

Evelyn Regner: Dass es bei den Sozialsystemen sehr große Unterschiede gibt. Vor allem aber auch, dass es innerhalb der EU reichere und ärmere Länder gibt und diese Ungleichheit ein Problem darstellt. Die Unterschiede zwischen den Staaten waren weniger eklatant, als die neuen Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa noch nicht dabei waren. Der Unterschied zwischen ärmeren und reicheren EU-Staaten ist durch die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht kleiner geworden, sondern größer. Das ist ein Riesenproblem. Heute versuchen wir, uns einem Europa der Mindeststandards anzunähern.

**Wo sehen Sie hier Österreich?**

In vielen Bereichen ist hier das Niveau hoch. Besonders stolz bin ich auf die erste Säule des Pensionssystems. Unser **Umlageverfahren** ist ein robustes und gerechtes System, ein gutes Modell für die Zukunft. Jetzt, nachdem in so gut wie allen Ländern die zweite und die dritte Säule demoliert wurden, erkennt das langsam auch die EU, die das österreichische Pensionssystem ja immer wieder kritisiert hat. Es ist sinnvoll, bei der Altersversorgung nicht nur auf demografische Veränderungen zu schauen. Entscheidend ist, wie viele Menschen in Beschäftigung sind und wie viele nicht. Diese Erkenntnis sollten wir exportieren. Auch die Sozialpartnerschaft ist sicher ein ganz großes Atout, das zu Stabilität, ge-

rechten Löhnen und zur Weiterentwicklung des Sozialstaats beiträgt.

**Österreich ist also eine Art Vorbild?**

Österreich hat in vielen Bereichen ganz tolle Dinge vorzuweisen, beispielsweise bei der Jugendbeschäftigung und der Lehrlingsausbildung, wir machen da vieles gut und richtig. Doch ich bin immer vorsichtig mit dem Begriff Vorbild: Man kann das System eines Landes einem anderen nicht eins zu eins überstülpen. Zum Beispiel wird oft die Flexicurity in Dänemark gelobt, weil dort Jobwechsel leichter möglich sind. Doch das ist nur deshalb so, weil die Arbeitnehmer prinzipiell sehr gut abgesichert sind. Ich finde es ist gut, voneinander zu lernen, aber selten sinnvoll, einzelne Maßnahmen einfach zu kopieren. Im Übrigen hat Österreich etwa bei Gleichstellungsthemen durchaus noch Aufholbedarf. In diesem Bereich kommen aus der Europäischen Union sehr positive Akzente, von denen Arbeitnehmerinnen sehr profitieren.

**Gibt es abschreckende Beispiele aus anderen Ländern, im Sinne von Deregulierungen, Kürzungen von Sozialleistungen und Ähnlichem?**

Ich möchte das gern allgemeiner formulieren: Es ist nicht gut, wenn ein Land sagt, wir machen es eben auf unsere Art, egal was das für die anderen Mitgliedstaaten bedeutet. Umgekehrt ist es auch sehr schlecht, wenn man für ein Land eine Politik beschließt, ohne dass man auf die Bedürfnisse vor Ort Rücksicht nimmt, so wie das bei der desaströsen Sparpolitik in Griechenland der Fall war. Wichtig ist, voneinander zu lernen und die Vorteile zu teilen,

sodass es nicht zu Lohn-, Steuer- oder Sozialdumping kommt. Denn noch handeln große Unternehmen so, dass sie schauen, wo das Steuersystem am günstigsten ist und wo die Arbeitskräfte am billigsten sind, um dann entsprechend vorzugehen. So haben wir keinen Wettbewerb der Unternehmen, sondern einen Wettbewerb der Systeme. Darum brauchen wir europäische Mindeststandards im Arbeitsrecht und beim Sozialschutz, das bringt allen etwas. Letztendlich wird Europa nur mit fairem Wettbewerb und sozialer Marktwirtschaft funktionieren. Selbstverständlich muss es dann auch entsprechende Kontrollmaßnahmen geben. Derzeit beschäftigen uns etwa die Briefkastenfirmen besonders, nicht nur was die Steuern betrifft, sondern auch was Lohn- und Sozialdumping angeht. Das gilt es zu bekämpfen, und zwar überall.

**Welche konkreten Schritte gibt es in Richtung europäische Mindeststandards?**

Die Entsenderichtlinie als europaweites Instrument gegen Lohn- und Sozialdumping ist jetzt in Verhandlung beim Rat und im Parlament. Unter anderem soll die Entsendedauer beschränkt werden. Für uns ist wichtig, dass die Entsendung von ArbeitnehmerInnen möglichst eng begrenzt wird, ansonsten machen wir Tür und Tor für Tricksereien wie Scheinbeschäftigungen auf. Jegliche Lücke im System wird von den Unternehmen systematisch ausgenutzt. Außerdem brauchen wir auf europäischer Ebene eine Stelle, die prüfen kann, ob ein bestimmter entsendeter Arbeitnehmer im Land auch tatsächlich versichert ist und nicht nur das Formular ausgefüllt wurde.



**Fahrplan zu einem sozialeren Europa: „Länder mit hohen Sozialstandards können Lokomotiven für ein gerechteres Europa sein. Die EU ist derzeit sehr viel mit sich selbst beschäftigt, bedingt durch den Brexit und das Bemühen, angesichts der aktuellen welt-politischen Situation ihre eigene Position nach außen zu festigen. Doch ich denke, wenn Frankreich und Deutschland als Lokomotiven besser ziehen, dann müsste auch etwas weitergehen.“**

***Im Frühjahr wurde im EU-Parlament der Fahrplan für ein sozialeres Europa für die sogenannte „Soziale Säule der EU“ beschlossen. Wie ist hier der aktuelle Stand?***

Wie gesagt, die gewaltigen sozialen Unterschiede zwischen manchen Mitgliedstaaten tun Europa nicht gut. Ziel des Fahrplans für ein sozialeres Europa ist, diese Unterschiede kleiner zu machen. Die drei großen Themen sind: erstens menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und Steuerflucht bekämpfen; zweitens die Kinder-garantie – das bedeutet, zu vermeiden, dass Kinder in Armut aufwachsen. Es ist traurig, dass man das im 21. Jahrhundert noch sagen muss, aber es ist nötig – nicht zuletzt weil sonst immer mehr Eltern in die Länder drängen, wo die Bedingungen für ihre Kinder besser sind. Und drittens soll die Sozialpolitik im europäischen Semester verankert werden. Das klingt jetzt sehr technisch, aber es geht darum zu vergleichen, welches Land welche Fortschritte in sozialer Hinsicht macht. Derzeit dreht sich fast alles nur um die Maastricht-Kriterien, um Sparmaßnahmen und so weiter. Doch sozialpolitische Maßnahmen sind mindes-

tens genauso wichtig wie wettbewerbsfähige Unternehmen oder Stresstests für Banken. Wir brauchen hier ein paar soziale Eckpfeiler, denn sonst gerät Europa aus dem Ruder. Das ganze Projekt Europa wäre bald nicht mehr glaubwürdig.

***Als nächsten Schritt in Richtung sozialeres Europa hat die Kommission eine entsprechende Mitteilung mit 20 Prinzipien veröffentlicht, die allerdings von ArbeitnehmerInnenseite zum Teil als enttäuschend und zu allgemein bezeichnet wurde.***

Ja, die Kommission hat das schön formuliert, aber noch handelt es sich dabei um unverbindliche Grundsätze. Bei den schönen Worten allein darf es aber nicht bleiben. Ich fordere von der Kommission, aus diesen Eckpfeilern ein soziales Fundament zu schaffen – mit entsprechenden legislativen Maßnahmen. Entscheidend sind natürlich immer die konkreten verbindlichen Maßnahmen, und da gibt es noch viel zu wenige. Ansonsten herrscht in der Realität dann weiter Ungleichheit und die Visegrád-Länder, also Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn, wollen ihre niedrigen sozialen Standards als eine Art Bonus nützen, mit

dem sie Unternehmen anlocken. Doch damit können wir Europa nicht modern, attraktiv und fit für die Zukunft machen. Immerhin gibt es jetzt konkrete Gesetzesvorschläge zum Thema Work-Life-Balance. Wie auch immer, wir müssen die Kommission in die Pflicht nehmen – aber genauso die Mitgliedstaaten. Denn die fordern auch oft viel und machen dann wenig.

***Welche konkreten Vorschläge in puncto Work-Life-Balance gibt es?***

Die Kommission hat unter anderem den Rechtsanspruch auf bezahlten Vaterschaftsurlaub für mindestens zehn Tage sowie das Recht auf flexible Arbeitszeitregelungen für Eltern und pflegende Angehörige inklusive des Rechts auf Rückkehr zum ursprünglichen Arbeitsausmaß vorgeschlagen. Frauen müssen dann keine Angst mehr haben, zu lange in der Teilzeitfalle zu stecken. Und Männer werden entlastet, weil der Druck als „Alleinvertreter“ geringer wird. Überhaupt haben die EU-Richtlinien schon öfter vor allem für Frauen positive Veränderungen gebracht. Versteckte Diskriminierungen wurden in den vergangenen Jahren eigentlich immer in Folge von Anpassungen an EU-Richtlinien oder Initiativen beseitigt. Ein Beispiel ist die verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten. Der entsprechende Beschluss des Europäischen Parlaments hängt zwar noch im Rat, aber das ganze Projekt hat die nationalen Gesetzgebungen schon jetzt so beeinflusst, dass bereits in mehreren Ländern Quoten zumindest ernsthaft diskutiert wurden. In Österreich ist ja ab 2018 eine 30-prozentige Frauenquote verpflichtend.

***Ihrer Ansicht nach werden die positiven Auswirkungen der EU also unterschätzt?***

Ich habe mir das vor Kurzem angeschaut. Viele Regierungsbeschlüsse waren eigentlich keine erfolgreichen Koalitionsvereinbarungen, sondern die Umsetzung von EU-Richtlinien, etwa dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nicht mehr nur der billigste Anbieter zum Zug kommt, sondern der beste.

***Wie wird es in naher Zukunft weitergehen mit dem Fahrplan für ein sozialeres Europa?***

Vor den deutschen Wahlen wird sicher nicht viel passieren. Konkretes, das wirk-

lich an die Substanz geht und geeignet ist, die großen Unterschiede innerhalb Europas zu verkleinern, wird sicher erst danach kommen. Daher gibt es wie gesagt bis jetzt hauptsächlich Überschriften und allgemeine Statements statt konkreter Maßnahmen. Zusätzlich ist die EU derzeit sehr viel mit sich selbst beschäftigt, bedingt durch den Brexit und das Bemühen, angesichts der aktuellen weltpolitischen Situation ihre eigene Position nach außen zu festigen. Doch ich denke, wenn Frankreich und Deutschland als Lokomotiven besser ziehen, dann müsste auch etwas weitergehen. Zeichen dafür gibt es, aber dafür muss die Kommission auch irgendwann mehr Konkretes vorlegen.

**Was erwarten Sie sich vom europäischen Sozialgipfel in Göteborg im November?**

Eine Entsenderichtlinie mit Substanz, und die Dienstleistungskarte für Selbstständige sollte möglichst klein gehalten werden, denn sonst wären dem Sozialdumping Tür und Tor geöffnet. Dieser Gipfel wurde von Österreich, Schweden und Deutschland, und hier vor allem von Gewerkschaftsseite initiiert. Man erinnerte sich wieder an die gute Zusammenarbeit mit Bruno Kreisky und dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme. Länder mit hohen Sozialstandards können Lokomotiven für ein gerechteres Europa sein. Ziel ist, die soziale Fortschrittsklausel zu verankern, die sicherstellt, dass soziale Rechte und der ArbeitnehmerInnenschutz mindestens denselben Stellenwert wie die Dienstleistungsfreiheit und der Binnenmarkt erhalten. Uns ist klar, dass wir diesbezüglich keine Vertragsänderung erreichen werden, aber es steht viel auf dem Spiel und wir müssen Schritte für ein sozialeres Europa setzen. Immerhin geht es um die Grundlage der Europäischen Union. Denn laut den EU-Verträgen geht es um das Wohlergehen der Völker, das ist das Ziel, und nicht der Binnenmarkt. Der Binnenmarkt ist nur ein Mittel zum Zweck. Auch wenn das oft vergessen wird.

**Beim Thema Sozialleistungen sind die steigenden Kosten bzw. Fragen der Finanzierbarkeit fast immer unausweichlich. Gibt es hier neue Ansätze und Ideen?**

Den EU-Staaten entgehen jährlich 1.000 Milliarden Euro wegen Steuerbetrug und

-hinterziehung durch die multinationalen Konzerne. Da müssen wir ansetzen, um die Finanzierung des Sozialstaates sicherzustellen. Gewinne müssen endlich dort besteuert werden, wo sie entstehen. Mehr Transparenz ist dringend nötig, aber auch aktuelle Anpassungen wie die Einführung einer Abgabe für Online-Werbung oder die steuerliche Erfassung „digitaler Betriebsstätten“. Angedacht sind hier mehrere Maßnahmen, die sowohl für mehr Steuergerechtigkeit als auch für Mehreinnahmen sorgen.

**Wie steht es mit der sogenannten Roboter- bzw. Wertschöpfungssteuer oder einer Steuer auf Daten?**

Die Robotersteuer wurde auch im Roboterbericht des Europäischen Parlaments als eine Möglichkeit angedacht. Aber eigentlich gibt es ja kein europäisches Steuerrecht, Steuern sind Sache jedes Mitgliedslandes. Ideen, Vorschläge und die Kooperation der europäischen Staaten sind trotzdem wichtig, um neuen Ideen zur zukünftigen Finanzierung des Sozialstaates zum Durchbruch zu verhelfen.

**Um die Finanztransaktionssteuer ist es in letzter Zeit ja ziemlich ruhig geworden ...**

Derzeit verhandelt eine kleine Gruppe von EU-Staaten vor allem darüber, welche Transaktionen überhaupt besteuert werden sollen. Leider wurden in diesem Zusammenhang auch immer wieder Falschmeldungen verbreitet, wie etwa, dass in manchen Ländern die Kosten der Einführung einer Finanztransaktionssteuer viel höher wären als die Einnahmen. Dieses Gegenargument konnten wir entkräften. Momentan ist es schwierig, hier Fortschritte zu erzielen, aber ich bin nach wie vor überzeugt, dass die Finanztransaktionssteuer kommen wird.

**Welche bzw. wie viele Länder sind für die Einführung der Steuer, also wer ist bei dieser Gruppe dabei?**

Es ist mittlerweile eine fixe Gruppe; unter anderen sind Deutschland, Österreich, Portugal, Spanien, Griechenland, Slowenien und Belgien dabei. Die Verhandlungen verlaufen leider trotzdem ziemlich schleppend und schwierig. Die Banken intervenieren natürlich laufend und versuchen auf die einzelnen Länder Druck auszuüben. Trotzdem, vielleicht gehöre ich da zu den letzten Optimisten: Die Finanztransaktionssteuer wird noch kommen. Die Einnahmen werden vielleicht nicht so hoch sein, weil bereits Transaktionen ausgenommen wurden und ja nicht alle Länder dabei sind, aber sie wäre ein wichtiges Signal. Und das richtige Mittel, um zu zeigen, dass jener Teil der Wirtschaft, wo nur Geld hin- und hergeschoben wird, nicht am längeren Ast sitzt.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)





# Abgaben = Sozialstaat = Wirtschaftserfolg

*Radikale Steuersenkungen sind weder für Gesellschaft noch Wirtschaft eine gute Idee.*

**Romana Brait**  
**Markus Marterbauer**  
*Abteilung Wirtschaftswissenschaft  
der AK Wien*

**E**ntlastung gefällig? In Zeiten schwachen Einkommenswachstums freuen sich alle BürgerInnen über Steuersenkungen. So wurden die Einkommensteuern im Jahr 2016 um fünf Milliarden Euro gesenkt, dies brachte den Beschäftigten mit mittlerem Einkommen monatlich zwischen 70 und 100 Euro an zusätzlichem Nettoeinkommen.

## **Belastung statt Entlastung**

Der Wahlkampf bringt nun weitere Vorschläge für Steuerentlastungen mit sich. Bei genauerem Hinsehen können sich diese jedoch als Belastungen für die BürgerInnen entpuppen. Den radikalsten

Vorschlag hat ÖVP-Parteibmann Sebastian Kurz vorgelegt: Er will die Abgabenquote – also den Anteil der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge am Bruttoinlandsprodukt – auf unter vierzig Prozent senken. Dies würde eine Reduktion im Ausmaß von zehn bis zwölf Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Doch bei jeder Steuersenkung stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit.

Bei der Lohnsteuersenkung 2016 haben AK und ÖGB darauf gedrängt, das nicht über einen ungedeckten Scheck zu machen, sondern über konkrete Maßnahmen: unter anderem durch die Einführung einer Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht, die Anhebung der Kapitalertragssteuer für Dividenden auf 27,5 Prozent und die Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer auf 55 Prozent. Dazu kamen Reformen bei der Grunderwerbssteuer, und es wur-

den verschiedene steuerliche Ausnahmen abgeschafft.

## **Schmerzhaftes Kürzungen wären nötig**

Woher also soll das Geld für eine Steuersenkung kommen, die mehr als doppelt so groß ist wie jene aus dem Jahr 2016? Eine beliebte Antwort lautet: Bei der Verwaltung und bei Förderungen gibt es ein milliardenschweres Einsparungspotenzial. In der Tat wären Länder und Gemeinden von einem Einnahmefall in der Höhe von zehn Milliarden Euro merklich betroffen: Wien mit einem Ausfall von 400 Millionen Euro pro Jahr, Niederösterreich mit 300 Millionen und sogar das kleine Vorarlberg mit knapp 80 Millionen.

Nun ist eine bessere Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, was Zuständigkeiten, Verwaltungs-

abläufe und Förderungen betrifft, dringend notwendig. Doch die Kürzung von Förderungen bedeutet bei Krankenhäusern, Schieneninfrastruktur oder auch Bauerneinkommen erhebliche Leistungseinschränkungen. Alles kann effizienter werden und man kann da und dort Millionen sparen – doch Milliardenbeträge sind hier auf absehbare Zeit nicht zu holen.

### Schwere Einschnitte unvermeidbar

Gottfried Haber, Budgetberater von Sebastian Kurz, und Franz Schellhorn, Leiter des neoliberalen Thinktanks Agenda Austria, schlagen eine andere Strategie vor: Die Staatsausgaben sollen nicht mehr mit der Wirtschaftsleistung wachsen, sondern real stagnieren. Um dieses Ziel erreichen zu können, wären schmerzhaft Einschnitte unvermeidbar. Das betrifft vor allem die Bereiche Soziales, Gesundheit und Bildung, die fast zwei Drittel der Staatsausgaben ausmachen.

» Pensionen: Die langfristigen Prognosen gehen davon aus, dass die Ausgaben für die Alterssicherung bis 2060 real etwa gleich stark wie die Wirtschaftsleistung wachsen und sich so bei 15 Prozent des BIP stabilisieren.

Dies ist angesichts des Anstiegs des Anteils der über 65-Jährigen von 18 auf 28 Prozent der Bevölkerung nur aufgrund von zwei bereits getroffenen Maßnahmen möglich: Weil das effektive Pensionsantrittsalter dank der Pensionsreformen steigt und die individuellen Pensionen nur noch mit der Inflationsrate erhöht werden, also sich real nicht erhöhen. Sollen nun zur Finanzierung der Abgabensenkung die staatlichen Pensionsausgaben insgesamt stagnieren, dann müssten die einzelnen Pensionen merklich gekürzt werden.

» Gesundheit: Hier wurde politisch ein Kostendämpfungspfad vereinbart, der den Anstieg der realen Gesundheitsausgaben auf etwa ein Prozent pro Jahr begrenzt. Angesichts des Kostenanstiegs in der Medizintechnik und der Alterung der Gesellschaft ist das ambitioniert, kann aber durch Effizienzverbesserungen bislang eingehalten werden. Eine weitere Ausgabenkürzung zugunsten einer Abgabensenkung bedeutet Verschlechterungen in der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

» Pflege: Wenn bei alternder Bevölkerung ein modernes Pflegesystem entwickelt werden soll, das allen Menschen – nicht nur den Reichen – eine qualitativ hochwertige Versorgung zu Hause und bei Bedarf auch im Pflegeheim garantiert, dann bedeutet das steigende Ausgaben für den Sozialstaat. Das wäre gut investiertes Geld für soziale Absicherung und sozialen Zusammenhalt. Es müsste gestrichen werden, um die Abgabensenkung zu finanzieren.

» Bildung: Alle Volksschulen in Österreich kosten zusammen etwa fünf Milliarden Euro pro Jahr. Vor allem „Brennpunktschulen“ mit besonders vielen sozial benachteiligten Kindern brauchen dringend mehr Personal und Geld. Zum Teil kann das mit Einsparungen bei Kleinstschulen und in der Verwaltung kompensiert werden. Doch die Bildungsausgaben müssen angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen langfristig steigen. Ein Ausgabenstopp zugunsten einer Abgabensenkung würde das verhindern.

Viele Krisenländer im Süden haben in den letzten Jahren kräftig bei öffentlichen Investitionsausgaben gekürzt, weil das kurzfristig am einfachsten ist. In Österreich investiert der Staat stabil rund zehn Milliarden Euro in die Modernisierung des Verkehrssystems, sozialen Wohnbau und öffentliche Gebäude – eben jene Summe, die bei einer radikalen Abgabensenkung fehlen würde. Ein Investitionsstopp fiel kurzfristig vielleicht gar nicht auf, doch auf Dauer ist er besonders schädlich: Eine wachsende Bevölkerung in den Ballungszentren braucht ebenso wie der Wirtschaftsstandort eine gute Infrastruktur.

### Erfolg mit hoher Sozialquote

Österreich hat mit etwa 43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die fünfthöchste Abgabenquote der EU, nach Belgien, Frankreich, Dänemark und Finnland, und es liegt gleichauf mit Schweden. Österreich weist mit rund 30 Prozent des BIP die vierthöchste Sozialquote der EU auf, nach Frankreich, Dänemark und Finnland, erneut liegt es gleichauf mit Schweden. Und Österreich hat mit fast 37.000 Euro die vierthöchste Wirtschaftsleistung pro Kopf zu Kaufkraft-

standards, nach Luxemburg, Irland, den Niederlanden und knapp vor Dänemark, Deutschland und Schweden.

Offensichtlich gehen in Österreich – wie in den skandinavischen Ländern – wirtschaftlicher Erfolg und hohe Produktivität mit hoher Abgabenquote und hoher Sozialquote einher. Gesellschaften mit starker Wirtschaftskraft und hohen Einkommen setzen auf öffentliche Dienstleistungen mit hoher Qualität in der Infrastruktur ebenso wie bei sozialer Sicherheit und Bildung. Deshalb ist in reichen Ländern die Sozialquote höher als in armen und, um das zu finanzieren, auch die Abgabenquote. Eine radikale Senkung der Abgabenquote bedeutet unweigerlich auch eine radikale Kürzung der Leistungen des Sozialstaates. Sinnvoll wäre hingegen eine Umschichtung der Abgaben: von der Belastung der Arbeitseinkommen zur Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und ökologisch schädlichen Produktionsweisen.

### Investieren statt kaputtsparen

Ein moderner Wohlfahrtsstaat funktioniert wie ein Rettungsring für Menschen in schwierigeren Lebenssituationen, etwa bei Krankheit oder im Alter. Gleichzeitig ist er Türöffner für die junge Generation, indem er ein hochwertiges Angebot an Bildung für alle bereitstellt. Dafür muss allerdings laufend in die Modernisierung des Wohlfahrtsstaates investiert werden – die Senkung der Abgabenquote bewirkt das genaue Gegenteil. Für die BürgerInnen wäre sie im Endeffekt keine Entlastung: Kürzt der Staat Leistungen bei Gesundheit, Bildung oder Pensionen, dann müssen diese privat und oft auf teurerem Weg bezahlt werden.

---

#### Blogtipp

„Was jetzt wirtschaftspolitisch zu tun ist“:

[tinyurl.com/y996m8sd](http://tinyurl.com/y996m8sd)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die AutorInnen

[romana.brait@akwien.at](mailto:romana.brait@akwien.at)  
[markus.marterbauer@akwien.at](mailto:markus.marterbauer@akwien.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Kürzen bei den Ärmsten

*In Österreich sind Vermögen kaum belastet, Arbeit hingegen sehr stark. Dennoch spielen Vermögenssteuern im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle.*

Christian Bunke  
Freier Journalist

Österreich steht vor einer Richtungswahl“, ist vielerorts zu hören. Vor allem für lohnabhängige und erwerbslose Menschen sowie für deren Familien ist dabei die Frage nach der Richtung, in die sich der Sozialstaat entwickeln soll, von wesentlicher Bedeutung. Wie es aktuell um den Sozialstaat bestellt ist, kann man im Sozialbericht des Sozialministeriums nachlesen. Er hat unter anderem die Aufgabe, „Baustellen“ der Sozialpolitik zu benennen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Aufhorchen lässt dabei die Feststellung, dass es bei der Finanzierung des Sozialstaats eine Schieflage gibt. In Österreich zeige sich „ein kontinuierlicher Rückgang des Anteils der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen seit Ende der 1970er-Jahre“, wie Marc Pointecker, der im Sozialministerium für „sozialpolitische Grundsatzfragen“ zuständig ist, konstatiert.

## Hohe Konzentration der Vermögen

Vermögen werden in Österreich kaum belastet, Arbeit hingegen sehr stark. Damit nicht genug: „Österreich weist eine besonders hohe Konzentration der Vermögen auf: Eine neue Studie der Europäischen Zentralbank kommt zum Ergebnis, dass das reichste Prozent vermutlich ein Drittel des gesamten privaten Vermögens in Österreich besitzt.“ Die tatsächliche Ungleichheit in Österreich sei um einiges größer, so der Experte.

Vor diesem Hintergrund fordert Pointecker Erbschafts- und Vermögenssteuern, Mindestlöhne – immerhin 650.000 Beschäftigte verdienen noch weniger als 1.700 Euro brutto im Monat –, Infrastrukturprogramme und Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen. Aber: „Die Umsetzung der hier skizzierten Vorschläge erfordert Mehrheiten zur Änderung der Politik in verteilungspolitischen Fragen.“ Es gibt jedoch wenig Anlass für Optimismus, was die rasche Lösung der Verteilungsprobleme betrifft. Die Umsetzung von Vorschlägen sei „immer eine Frage der Macht- und Kräfteverhältnisse“.

Tatsächlich spielen in der öffentlichen Debatte des (Vor-)Wahlkampfes Vermögens- und Verteilungsfragen kaum eine Rolle – zumindest nicht in dem Sinne, wie es im Sozialbericht der Fall ist. Stattdessen wird eine sehr eigene Vermögensdebatte geführt, nämlich eine, die sich tendenziell gegen die ärmeren Schichten der Bevölkerung richtet.

Das lässt sich etwa an der Diskussion rund um die Mindestsicherung ablesen. So veröffentlichte der Rechnungshof im Juli einen Bericht über die Praxis der Mindestsicherungsvergabe in Wien. Darin wird das Land Wien scharf kritisiert. Die Anzahl der MindestsicherungsbezieherInnen sei von 2011 bis 2015 um 50 Prozent angestiegen. Ein weiterer Anstieg sei zu erwarten. Es werde nicht genug unternommen, um sicherzustellen, dass tatsächlich nur Berechtigte die Mindestsicherung bekommen. „Der RH empfiehlt, Reform- und Einsparungsmaßnahmen einzuleiten,

um die Finanzierbarkeit der Mindestsicherung in Wien mittel- und langfristige sicherzustellen“, heißt es in dem Bericht.

In immer mehr Bundesländern wird dies bereits praktiziert beziehungsweise geplant. Beispiel Tirol: Hier will die Landesregierung durch Kürzungen bei der Mindestsicherung 5,3 Millionen Euro einsparen. Unter anderem sollen Wohnkosten gedeckelt, also teure Mieten nicht mehr übernommen werden. Eine Kürzung des Mindestsatzes für Kinder ist ebenso geplant wie eine Streichung diverser Sonderzahlungen für ArbeiterInnen, PensionistInnen und Erwerbslose.

Der in Innsbruck tätige Sozialverein DOWAS kommentierte im März: „Aus unserer langjährigen Arbeit mit Menschen in Notlagen wissen wir, dass die Mindestsicherung bisher gerade ausreichend war, um den Betroffenen eine Absicherung des Lebensunterhaltes zu bieten. Die Lebenshaltungskosten in Tirol steigen – die Kürzungen entbehren somit jeglicher Grundlage und werden eine wirksame Armutsbekämpfung unmöglich machen.“

## Missbrauch für Sozialabbau

Der ÖGB-Bundesvorstand hatte sich bereits im März 2016 gegen Angriffe auf die Mindestsicherung ausgesprochen. „Das letzte Netz muss halten“, heißt es da. In dem Beschluss kritisiert der ÖGB, dass die „Asylsituation als Vorwand für schleichenden Sozialabbau“ missbraucht werde. Nötig sei vielmehr eine bundesweit einheitliche Mindestsicherung. Ei-

ner Deckelung von Sozialleistungen erteilt der ÖGB eine klare Absage.

Pläne für Angriffe auf Mindestsicherung und Erwerbslose kommen derzeit vor allem aus den Reihen von ÖVP und FPÖ. So wurde Ende Mai eine Studie aus dem Haus von Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) bekannt, in der über eine Einführung des deutschen Hartz-IV-Modells in Österreich nachgedacht wird. Erwerbslose sollen demnach zum Verbrauch ihrer Ersparnisse und ihres Besitzes gezwungen werden – eine bemerkenswerte Enteignung der Armen.

Die FPÖ wiederum fördert schon seit Langem Kürzungen bei Pensionen, Familienbeihilfen und eben bei der Mindestsicherung. Diese möchte sie auf 65 Prozent des niedrigsten Kollektivvertrages gesenkt wissen. In Bundesländern wie Oberösterreich forciert sie aktiv die Beschneidung der Mindestsicherung. Doch auch die SPÖ ist teilweise an Angriffen auf die Mindestsicherung beteiligt. Im Burgenland hat sie im März gemeinsam mit FPÖ und ÖVP ein entsprechendes, umfassendes Sparpaket vorgelegt.

### Soziale Gerechtigkeit im Wahlkampf

Die SPÖ will im Wahlkampf das Feld „soziale Gerechtigkeit“ mit dem Slogan „Nehmen Sie sich, was Ihnen zusteht“ besetzen. Unter anderem fordert die SPÖ eine Erbschaftssteuer ab einer Million Euro und einen Mindestlohn von 1.500 Euro. Zugleich verspricht sie eine Senkung der Lohnnebenkosten um drei Milliarden Euro sowie Pensionskürzungen im öffentlichen Dienst, wenn auch vorerst nur bei „hohen Sonderpensionen“. Auch die Grünen werben mit „sozialer Gerechtigkeit“, unter anderem fordern sie einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.750 Euro. Weitere Themen sind: Umverteilung und leistbares Wohnen.

Konkurrenz auf sozialpolitischer Ebene kommt von der Liste des Ex-Grünen-Politikers Peter Pilz. Zwar sind die inhaltlichen Details seiner Plattform noch recht spärlich. In verschiedenen Medienauftritten versprach Pilz aber eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und eine Erbschaftssteuer ab 500.000 Euro.



© Istequin / Fotolia.com

Für die Gewerkschaftsbewegung virulent bleibt umso mehr das Thema Umverteilung. So startete etwa der ÖGB Waldviertel im Juni eine Kampagne mit dem Titel „Teilen macht reich – Sparen macht arm“. Darin wird zu mehr Umverteilung in Österreich aufgerufen. So seien schon jetzt zwei Drittel aller MindestsicherungsbezieherInnen sogenannte AufstockerInnen, also ArbeitnehmerInnen, deren Lohn nicht zur Existenzsicherung reicht.

In der ORF-„Pressestunde“ im Juli erklärte ÖGB-Präsident Erich Foglar die Erbschafts- und Schenkungssteuer für „längst überfällig“. Der ÖGB sei immer dafür eingetreten, diese mit der Abschaffung des Pflegeregresses zu verknüpfen. Das sei eine Frage der „Generationengerechtigkeit“. Die ErbInnen sollten einen Beitrag leisten, dieser sollte den Pflegebedürftigen zugutekommen. Eine Grenze zwischen 500.000 und einer Million Euro, bis zu der keine Steuern fällig werden sollen, ist für Foglar in Ordnung. Entscheidend sei aber die Konstruktion.

Außerdem hält Foglar am gewerkschaftlich angestrebten Ziel eines Mindestlohnes von 1.700 Euro fest. Adäquate Löhne und Gehälter seien die

erste Voraussetzung dafür, dass die Mindestsicherung ihre Absicherungsfunktion erfülle, so Foglar.

### Lücke schließen

Diese Forderung – und in gewissen Bereichen schon mehr – gebe es schon seit Jahren. Nur mehr 15 Prozent der ArbeitnehmerInnen würden weniger verdienen, das seien 420.000 Beschäftigte, unter 1.500 Euro lägen 300.000. Foglar sprach sich zugleich dafür aus, dass die Mindestsicherung wieder österreichweit einheitlich geregelt wird. Sie sollte ausschließlich in die Bundeskompetenz fallen.

Hartz IV für Österreich – ÖVP-Planspiele mit den Ärmsten, Redaktion Kontrast-Blog:

[tinyurl.com/y895lc62](http://tinyurl.com/y895lc62)

Sozialbericht des Sozialministeriums, Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015–2016, Jänner 2017:

[tinyurl.com/y8lf8s87](http://tinyurl.com/y8lf8s87)

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor

[christian@bunke.info](mailto:christian@bunke.info)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# SOZIALER FRIEDEN VERLÄSSLICHKEIT



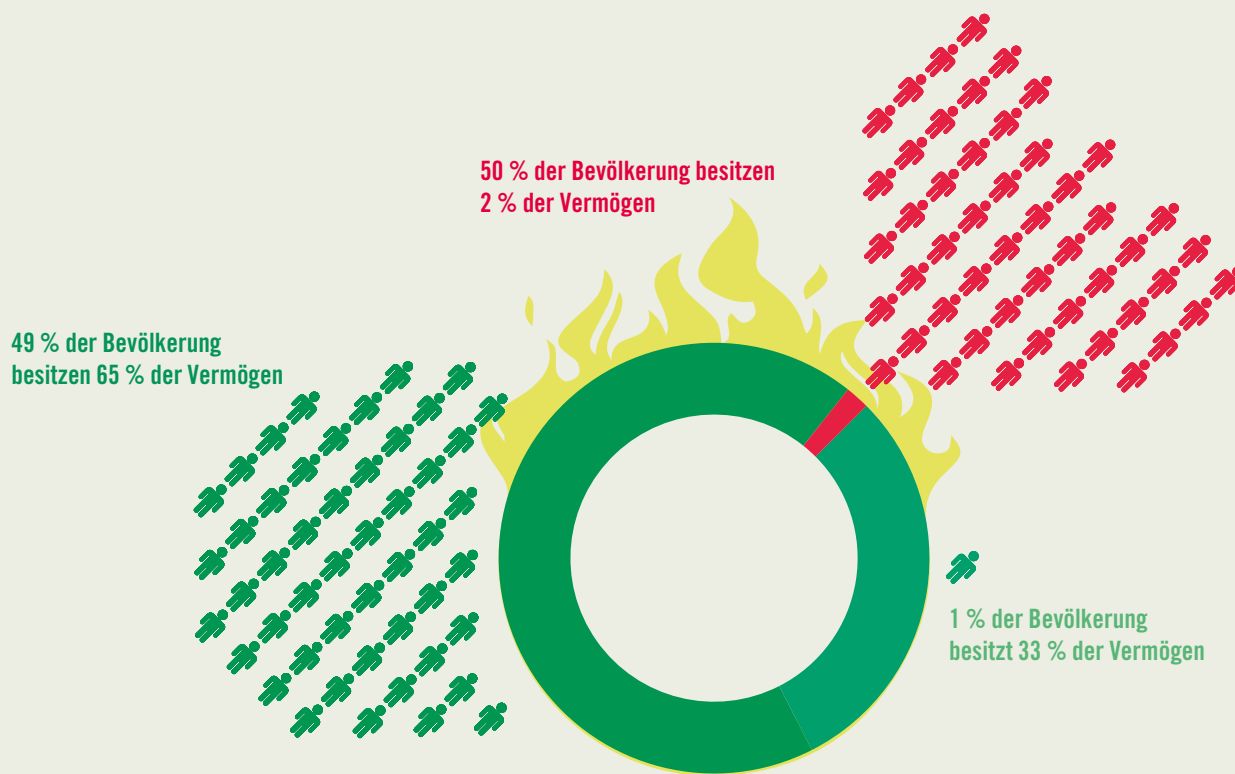
MEDI



# Mit dem **Sozialstaat** durch das Leben



## INFRASTRUKTUR MEDIZINISCHE VERSORGUNG



# Sparen steigert **Ungleichheit**

*Der Sozialstaat sorgt für eine Verringerung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen. Wer Sozialleistungen kürzt, vergrößert die Kluft zwischen Reich und Arm.*

**Romana Brait**

Abteilung Wirtschaftswissenschaft der AK Wien

In den Industriestaaten war die wirtschaftliche Ungleichheit in den letzten 30 Jahren nie höher als heute. Der freie Waren- und Kapitalverkehr erlaubt, dass Konzerne ihre Produktion dorthin auslagern, wo Löhne sowie Arbeits- und Sozialstandards niedriger sind. Abwanderungsdrohungen und Arbeitslosigkeit führen zu Lohn- und Arbeitsbedingungen, die zu Verschlechterungen von Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen bewirken.

## Machtverschiebung

Vor diesem Hintergrund kam es zu einer Machtverschiebung zulasten der ArbeitnehmerInnen. Schlechte Bezahlung und

nicht existenzsichernde Einkommen breiten sich in Folge schneller aus als Beschäftigungsverhältnisse, die eine Basis für ein gutes Leben bilden. Stattdessen haben Teilzeitarbeit und atypische Beschäftigungsformen stark zugenommen.

Dementsprechend sank der Anteil der Löhne am volkswirtschaftlichen Gesamteinkommen zugunsten der Gewinne der Unternehmen.

## Kapitaleinkommen stärker gestiegen

Gerade Arbeitslosigkeit, der technische Fortschritt und die Globalisierung dämpfen die Einkommen von Menschen mit niedriger Qualifikation, während diese Entwicklung Hochqualifizierten eher zugutekommt. Gleichzeitig tragen liberalisierte Finanzmärkte und Steueroasen dazu bei, dass die Kapital-

einkommen weitaus stärker gestiegen sind als die Lohneinkommen.

## Immer ungleichere Verteilung

All dies sind Gründe, warum die Verteilung der Einkommen und der Vermögen auch in Österreich immer ungleicher geworden ist. So konnte das oberste Fünftel der Bevölkerung ihren Anteil am Gesamteinkommen in den letzten 20 Jahren auf fast die Hälfte vergrößern – zulasten der niedrigen und mittleren Arbeitseinkommen, deren Anteil am Gesamteinkommen im gleichen Zeitraum auf unter ein Drittel sank.

Laut dem aktuellen Sozialbericht haben folglich mehr als drei Viertel der Haushalte weniger als 50.000 Euro Bruttojahreseinkommen, während fünf Prozent mehr als 100.000 Euro erhal-

ten und das oberste Prozent mehr als 300.000 Euro brutto erhält.

Um einiges dramatischer stellt sich die Verteilung der Vermögen dar: Während das oberste Prozent ein Drittel der Vermögen besitzt, bleiben der Hälfte der Bevölkerung – den „unteren“ 50 Prozent der Haushalte – gerade zwei Prozent des gesamten Vermögens. Oder anders gesagt: Das Vermögen in Österreich ist in den Händen weniger Leute konzentriert.

## Sozialstaat reduziert Ungleichheit

Der österreichische Sozialstaat wirkt dieser Entwicklung entgegen. Mit einer Abgabenquote von knapp 43 Prozent hat die öffentliche Hand genügend Spielraum, um Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung zu ergreifen. Dies passiert in Österreich vor allem dank positiver Verteilungswirkung der Staatsausgaben. Gäbe es etwa keine öffentliche Gesundheitsversorgung, müssten Menschen mit niedrigem Einkommen mehr als ein Drittel ihres Verdienstes für PrivatärztInnen, etwaige Krankenhausaufenthalte oder Medikamente ausgeben.

Ohne öffentliches Schulsystem würden die Ausbildungskosten für die nächste Generation bei Haushalten mit wenig Einkommen fast die Hälfte des monatlichen Verdienstes verschlingen. Obwohl der Sozialstaat alle BürgerInnen in sensiblen Situationen wie Kindheit oder Krankheit unterstützt, zeigen die oben genannten Beispiele, dass diese Unterstützung gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen existenziell ist.

Durch die sozialstaatlichen Leistungen können die Haushalte im unteren Einkommensdrittel ihren Anteil an den Gesamteinkommen so von 12,5 Prozent auf 20 Prozent steigern. Auch der Anteil der Haushalte des mittleren Drittels steigt, wenn auch nur geringfügig, von 29 auf knapp 31 Prozent.

Der Anteil des oberen Einkommensdrittels wiederum sinkt von 58,5 auf 49,5 Prozent. Letztendlich ist Verteilung der „verfügbaren Einkommen“ – also der Einkommen nach Steuern bzw. Abgaben und öffentlichen Leistungen – deutlich gleicher als die Verteilung der „Markteinkommen“. Die

umverteilende Wirkung des österreichischen Sozialstaates hat sich mit der zunehmenden Ungleichheit der Markteinkommen verstärkt und konnte zumindest einen Teil der negativen Entwicklung abfedern.

Staatliche Leistungen im Rahmen der Bildungs- und Familienpolitik erleichtern gesellschaftliche Teilhabe und Integration, ermöglichen gesellschaftlichen Aufstieg und erzeugen so ein Mehr an Chancengerechtigkeit.

Dass die Ungleichheit ansteigt, wenn öffentliche Ausgaben gekürzt werden, wurde jüngst auch auf europäischer Ebene im Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 ersichtlich. Nachdem die Nationalstaaten beträchtliche Summen zur Bekämpfung der Bankenkrise und für den darauf folgenden Konjunkturreinbruch aufwenden mussten, schwenkte die europäische Wirtschaftspolitik auf einen extremen Sparkurs ein: Die europäische Antwort auf die Krise bestand vorrangig in einer Verschärfung der Budgetregelungen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, wodurch budgetäre Spielräume eingeschränkt wurden.

Wie Untersuchungen des Internationalen Währungsfonds zeigen, hatte diese Sparpolitik negative Auswirkungen auf die ökonomische Ungleichheit in den betreffenden Volkswirtschaften. Die Budgetkürzungen verschärften die wirtschaftliche Krise und führten zu höherer Arbeitslosigkeit. Dadurch wurden die Kosten der Bankenkrise letztendlich vor allem von Menschen mit niedrigem Einkommen geschultert. Gleichzeitig lässt steigende Arbeitslosigkeit die Staatseinnahmen sinken, sodass die Sparbestrebungen paradoxerweise zu einem Bumerang für den öffentlichen Haushalt werden können.

## Gerechte Finanzierung

Klar ist, dass der Sozialstaat verbessert und weiterentwickelt werden muss, damit die BürgerInnen auch im 21. Jahrhundert in sensiblen Situationen wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter geschützt werden. Gleichzeitig soll die bestmögliche Ausbildung für die nächste Generation sichergestellt wer-

den. Anstatt den Sozialstaat bis auf sein Gerippe auszuhungern, muss dafür die Finanzierung gerechter gestaltet werden.

Die EU-Kommission schätzt, dass den europäischen Staaten jährlich 1.000 Milliarden Euro durch Steuerbetrag und -vermeidung entzogen werden. In Folge verlagert sich die Abgabenbelastung zunehmend auf ArbeitnehmerInnen und kleine Unternehmen. Vor allem die ArbeitnehmerInnen schultern die Staatsfinanzierung. Dies gilt für KleinverdienerInnen wie etwa SupermarktkassiererInnen, FacharbeiterInnen, aber auch für die großzügig entlohnten ManagerInnen, denn als Anteil ihres Einkommens tragen alle Erwerbstätigen etwa gleich viel zur Finanzierung des Sozialstaates bei.

## Korrektur der Schieflage rasch nötig

Auch in Österreich ist die Abgabenbelastung ungleich verteilt: Während Abgaben auf Arbeit etwa 55 Prozent der Gesamtabgaben ausmachen und daher im internationalen Vergleich sehr hoch sind, rangiert Österreich bei vermögensbezogenen Steuern mit 1,3 Prozent der Gesamtabgaben auf den hinteren Plätzen.

Die von AK und Gewerkschaften initiierte Lohnsteuerreform war ein erster wichtiger Schritt zur Korrektur dieser Schieflage – ihm sollten dringend weitere folgen. Wichtig wäre zu verhindern, dass große Konzerne und reiche Privatpersonen die öffentliche Hand mittels Steuerhinterziehung und -vermeidungstricks prellen und in Folge zu wenig zur Sozialstaatsfinanzierung beitragen.

---

### Blogtipp

Silvia Rocha-Akis/Christine Mayrhuber:  
„Umverteilung durch den Staat in Österreich“:  
[tinyurl.com/umverteilungstaat](http://tinyurl.com/umverteilungstaat)

WIFO-Studie  
„Umverteilung durch den Staat in Österreich“:  
[tinyurl.com/staatumverteilung](http://tinyurl.com/staatumverteilung)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[romana.brait@akwien.at](mailto:romana.brait@akwien.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Larisa

## *taucht durch*

*Griechenlands Jahrhundertkrise in der Provinz:  
Weil der Sozialstaat radikal gekappt wurde und  
Arbeitsplätze Mangelware sind, überlebt Thessaliens  
Hauptstadt mit Kooperativen und Solidarität.  
Ein Lokalaugenschein.*

Text und Fotos: Markus Bernath



**W**er nichts zu erledigen hat, hält hier nicht an. Allenfalls für einen Frappé an der Raststätte, bevor die Autobahn endet und die Kurverei durch Tempe beginnt, das enge Tal am Fuß des Olymp, das Thessalien von Makedonien trennt. Es ist viel zu heiß hier, in der thessalischen Ebene, wo die Sonne 100 Kilometer weit über Weizenfelder brennt. Larisa, die große Provinzstadt, sieht man ohnehin nicht. Sie liegt etwas westlich von der Autobahn, drei gute Autostunden entfernt von Athen. Wenn es einen toten Punkt in Griechenlands Jahrhundertkrise gibt, dann liegt er hier.

Irgendeine Aussicht auf Besserung? Morris Magrizou schüttelt den Kopf. „Nein!“, ruft er aus. „Kein Gedanke.“ Magrizou gehört zu Larisa. Er ist der Präsident der alteingesessenen jüdischen Gemeinde, aber auch Inhaber eines großen Möbelhauses in der Stadt. Kaum

einer kommt nun, um bei ihm zu kaufen. Weil nichts gebaut wird in Larisa – keine neuen Häuser und Wohnungen –, braucht auch niemand mehr neue Möbel. Die Banken haben sowieso kein Geld für Kredite, weder für Bauunternehmer noch gar für kleine PrivatkundInnen. Fast alles steht still im neunten Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Vor 2009, in den Jahren vor und nach dem Beitritt zur Eurozone, als Griechenlands Banken mit billigem Geld überschwemmt wurden und auch niemand wirklich die üppigen Agrarhilfen aus Brüssel kontrollierte, war das ganz anders. Larisa war Highlife. Vielleicht nicht der eleganteste Ort im Land, aber laut und fröhlich. Thessaliens Provinzhauptstadt war legendär für ihr Nachtleben. Bouzoukias schossen aus dem Boden, die Nachtlokale mit seichter Live-Musik. Ein Porsche Cayenne, völlig unerschwinglich in heutigen Zei-

ten, galt vielen Bauern im Umland als Statussymbol für den nächtlichen Ausritt in die Stadt wie für die Fahrt aufs Feld.

Jetzt fällt die große Zuckerfabrik draußen auf der Landstraße von Larisa nach Thessaloniki zusammen. Sie war die erste von fünf Fabrikanlagen im Land, die Griechenlands staatliches Zuckerunternehmen EBZ (Hellenische Zuckerindustrie) in den 1960er-Jahren baute. Nur eine arbeitet heute noch, die anderen hat Brüssel auf dem Gewissen. Vor zehn Jahren beschloss die EU eine radikale Schrumpfkur für die Zuckerindustrie, Griechenland musste seine Produktion halbieren. In Larisa waren gleich einmal 500 Arbeitsplätze weg. Die Landwirte haben 2008 als Erste die Krise gespürt, erinnert sich Nikos Papadopoulos, der Abgeordnete der linksgerichteten Regierungspartei **Syriza**, aus Larisa. Er ist der einzige Bauer im griechischen Parlament.



Altes Erbe, neue Tristesse: Das Grafito am Zentralplatz von Larisa, der Plateia Kentriki, entstand erst im Frühjahr dieses Jahres. Es zeigt den Kopf eines jungen Athleten aus dem 4. Jahrhundert v. Ch., dessen Büste bei einer Ausgrabung in der Umgebung gefunden worden war.



Papadopoulos hat wie die anderen im Umland von Larisa seine Felder von Zuckerrüben auf Getreide und Baumwolle umgestellt, aber die riesige Zuckerfabrik draußen vor der Stadt geht ihm nicht aus dem Kopf. „Wir bemühen uns jetzt um die Wiedereröffnung. Wir schaffen das“, sagt er. Die Leute von Syriza sind die einzigen, die daran glauben. 7,5 Cent ist eine Aktie der völlig verschuldeten Hellenischen Zuckerindustrie in diesen Wochen an der Athener Börse wert. Griechenland kauft seinen Zucker nun anderswo aus Europa. Absurd, aber so ist der Markt.

*„Wir bemühen uns um die Wiedereröffnung der Zuckerfabrik. Wir schaffen das.“*

Nikos Papadopoulos, Abgeordneter

### Unter der Armutsgrenze

Dennoch ist es vor allem die Landwirtschaft, die Larisa heute rettet. „Elend? Nein, das gibt es hier nicht“, sagt Papadopoulos, auch wenn die Armut in Larisa selbst weiter verbreitet ist als auf den Dörfern im Umland. Doch es gibt Städte in Griechenland, die noch sehr viel schlimmer dran sind. Alexandrou-

poli weit im Nordosten an der Grenze zur Türkei etwa, oder Argos, ein Städtchen im Süden, auf dem Peloponnes, das wie Larisa nicht direkt am Meer liegt und deshalb kaum TouristInnen sieht. Ganze Straßenzüge scheinen dort tot. Sparpolitik in der Rezession hat seinen Preis. Eineinhalb Millionen GriechInnen leben derzeit unter der Armutsgrenze von 4.500 Euro Einkommen im Jahr. Rund ein Drittel – 35,6 Prozent – sind unmittelbar von Armut bedroht. Aber auch die Armutsgrenze ist ein relativer Wert. In Griechenland ist sie im Lauf der Krisenjahre nach unten hin korrigiert worden – eben in dem Maße, wie auch die Wirtschaftsleistung des Landes sank, nach der die Grenze zwischen arm und nicht arm berechnet wird.

Larisa mit seinen 200.000 EinwohnerInnen – die eingegliederten Dörfer im Umkreis eingerechnet – krebst an dieser Armutsgrenze entlang. Knapp 60.000 sind in der Region Thessalien arbeitslos gemeldet, bei 22

Prozent liegt die Rate so wie im nationalen Durchschnitt. Es geht nicht abwärts, aber auch nicht wirklich aufwärts. „Ich sehe keine Perspektive“, sagt Morris Magrizou, der Präsident der jüdischen Gemeinde. Es ist eine Klage, die man oft hört in der Stadt. Achilles soll hier im Übrigen geboren worden sein. An übermenschliche Heldentaten glaubt in Larisa allerdings niemand mehr.

### Im Griff der Rezession

Magrizous Gemeinde macht die Spar- und Steuerpolitik der wechselnden Regierungen in Athen mit wie der Rest der griechischen Gesellschaft. Von nahezu steuerfrei wurden religiöse Gemeinschaften auf 40 Prozent gesetzt. Es gab eine neue Steuer auf Grund und Immobilien, gleichzeitig sanken die Mieteinnahmen. Kaum einer kann sich die Mieten von früher leisten. Die Rezession hat alle im Griff. Am Ende muss die jüdische Gemeinde in Larisa mit 70 Prozent weniger Geld für ihre Mitglieder auskommen. Dabei ist sie die älteste und wichtigste im Land neben



**50 Quadratmeter zum Selbstanbau: Die Stadt unterhält seit der Krise einen Gemüsegarten und vergibt Parzellen an mittellose Familien. Ein Zehntel ihrer Ernte liefern die GärtnerInnen an die Sozialläden in Larisa ab.**

jenen in Athen und Thessaloniki. Von 1.200 Bürgern jüdischen Glaubens ist sie nach dem Einmarsch der Deutschen und dem Holocaust im Zweiten Weltkrieg auf heute 200 Familien geschrumpft.

Magrizou und seine Kollegen im Vorstand haben begonnen, erste Immobilien zu verkaufen, um das Gemeindeleben am Laufen zu halten. Von der politischen Radikalisierung in Griechenland, dem Aufstieg der Nazi-Partei Goldene Morgenröte in den Jahren der Wirtschaftskrise, hat die jüdische Gemeinde in Larisa gleichwohl wenig zu spüren bekommen. „Wir sind hier alle bekannt und sehr assimiliert“, sagt Magrizou. Und zumindest in Larisa ist die Goldene Morgenröte nicht wichtig.

### Linker Zahnarzt als Bürgermeister

Seit Jahrzehnten wird die Stadt einmal links, einmal rechts regiert. Die Kommunisten verloren sie in den 1990er-Jahren an einen Konservativen der Nea Dimokratia. 2014 kam dann Apostolos Kalogiannis, ein Zahnarzt und Altlinker. Der Landwirtschaft, aber wohl auch dieser Balance von Rechts und Links wegen ist

das Kooperativ-Modell so wichtig in der Stadt geworden. Es hat Larisa in all den Krisenjahren über Wasser gehalten.

Die Idee für einen städtischen Gemüsegarten ist zum Beispiel 2012, noch während der Amtszeit des konservativen Bürgermeisters Konstantinos Tsanakoulis entstanden – und am Tiefpunkt der Finanzkrise im Land. Mittellose Familien und PensionistInnen, von denen viele nach einem Dutzend Kürzungen ihrer Bezüge verarmten, erhalten von der Stadt ein kleines Stück Garten, um Obst und Gemüse für den eigenen Bedarf anzubauen. Ein Zehntel der Ernte geben sie ab, es kommt in die Sozialläden für Bedürftige in Larisa. 500 Familien sind mittlerweile bei diesen Läden angemeldet. Als die Stadt 2013 mit den Sozialläden begann, waren es 200 Familien im Monat. Für die GriechInnen, die aus Stolz und Scham ihre Armut, so weit es nur geht, verheimlichen, sind das große Zahlen.

Ioannis Diamadoulis, der Leiter des Gartenamts in Larisa, will auch lieber über Solidarität sprechen und darüber,

dass sich die neuen GemüsegärtnerInnen morgens und abends bei ihrer Arbeit treffen und miteinander reden, was in solchen Zeiten doch erst recht wichtig sei. Alle zwei Jahre werden die knapp 300 Flächen am Südrand der Stadt neu verteilt. 50 Quadratmeter bekommt jede Familie. Es ist genug für Tomaten, Melanzani und Gurken.

Die eine große Kooperative in der Stadt hat die Wirtschaftskrise allerdings weggespült. 557 MitarbeiterInnen hatte der „Supermarkt Larisa“ am Ende. Er war im Jahr 1986 aus dem Zusammenschluss einiger kleiner Lebensmittel-

läden in der Umgebung entstanden, wuchs über die Jahre – und musste 2015 doch Konkurs anmelden: Der Umsatz war in dem Maß gesunken, wie auch die Kaufkraft der KundInnen der Rezession und Arbeitslosigkeit wegen verloren ging. So argumentierte die linksgeführte Regierung in Athen und reichte bei der EU-Kommission in Brüssel einen Antrag auf Entschädigung ein. In Larisa selbst spricht man eher von Missma-

**„Genauso wichtig wie das Gärtnern ist, dass die Leute sich hier treffen und reden.“**

Ioannis Diamadoulis, Gartenamt Larisa

**Nikos Papadopoulos ist Abgeordneter der linksgerichteten Regierungspartei Syriza für den Wahlkreis Larisa. Er ist der einzige Bauer im Parlament in Athen, wie er gern betont. Den Protest der Landwirte gegen die Anhebung der Sozialbeiträge versteht er wohl. Ohne Proteste keine Änderungen, sagt er.**



nagement und zu vielen VerkäuferInnen für jeden Laden. Dennoch erhielt der „Supermarkt Larisa“ im vergangenen Jahr die stattliche Summe von 10,5 Millionen Euro zugesprochen – aus dem **„Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“** (EGF).

Ein Jahr später ist das Geld allerdings noch immer nicht ausbezahlt. Noch diesen Sommer soll es kommen, so heißt es. Immerhin 120 der ehemaligen Supermarkt-Angestellten fanden mittlerweile neue Jobs, für den großen übrigen Teil der MitarbeiterInnen soll es Maßnahmen zur Weiterqualifizierung geben, in manchen Fällen auch eine Starthilfe von 10.000 Euro für ein eigenes Unternehmen.

Aus dem Geist der Kooperative ist in Larisa inmitten der Krisenjahre schließlich auch ein erfolgreiches neues Unternehmen entstanden. thESGala verkauft frische Milch am Automaten, am Vortag eingesammelt von den Bauernhöfen in Thessalien und Makedonien, pasteurisiert und in der Nacht verteilt über die Verkaufsstationen. 64 gibt es davon mittlerweile in Larisa, Thessaloniki und Athen. Der Clou an der Sache:

thESGala kommt ohne Zwischenhändler und besondere Verpackung aus. Die Milch füllt man am Automaten in Glas- oder Plastikflaschen ab. 90 Cent kostet der Liter in Larisa, einen Euro in Athen. Es ist ein Drittel weniger als in den griechischen Supermarktketten. Dort liest man im Kleingedruckten auf manchen Milchpackungen Lieferadressen von Agrarindustriebetrieben im deutschen Niedersachsen oder in Holland.

### **Erfolgreiche Kooperative**

thESGala – es heißt übersetzt „Willst du Milch?“ oder kann auch als Abkürzung von „Thessalien“ und dem griechischen Wort für „Milch“ verstanden werden – begann 2013 mit den Verkaufsautomaten. Heute arbeiten 165 Menschen in dem Unternehmen, rund 50 Milchbetriebe gehören der Kooperative an. Thanasis Vakalis, dem jungen Unternehmensgründer, kam die Idee, als er Milchautomaten für DorfbewohnerInnen in Norditalien sah. 25 Millionen Euro Umsatz machte das Unternehmen im vergangenen Jahr, zehn Prozent sollen es dieses Jahr werden.

Einen normalen Job zu finden ist gleichwohl schwer in Larisa. thESGala ist sicherlich eine Ausnahme, ebenso wie die Karatzis-Gruppe, die in Larisa einen Teil ihrer Plastikfolien herstellt und Netze für Obst und Gemüse – sie soll sogar weltführend mit diesem Produkt sein. Die Normalität, so sagt Giorgos Katsiantonis, ein anderer Parlamentarier aus der Region Larisa, sind zwei, drei kleine Jobs parallel: Man kellnert in einer Bar, parkt Autos, verteilt Werbung und macht damit vielleicht 500 oder 600 Euro im Monat. „Die Armut gibt es hier, aber sie ist nicht so leicht zu sehen“, sagt Katsiantonis. Er setzt die tatsächliche Arbeitslosigkeit bei 30 Prozent an. Bei dieser Zahl sind diejenigen dabei, die sich schon nicht mehr arbeitslos melden, sondern zu Hause verkriechen. Und jene, die einen so geringen Verdienst haben, dass sie davon unmöglich allein leben können, aber gleichzeitig doch nicht mehr in den Arbeitslosenstatistiken aufscheinen.

Giorgos Katsiantonis selbst ist eine Ausnahmefigur. Acht Jahre, von 2006 bis 2014, saß der US-Grieche für die Demokraten im Repräsentantenhaus im





**Frische Milch aus dem Automaten: Die Kooperative aus Larisa bremst die griechischen Supermärkte aus. Zwischenhändler, mutmaßliche Preisabsprachen und Importe halten die Lebensmittelpreise im Land mindestens auf dem Niveau wie in Österreich – bei sehr viel geringerem Einkommen.**

Bundesstaat New Hampshire. Bei einem Sommerurlaub in Griechenland lernte er seine Frau kennen, siedelte um ins Land seiner Eltern und versprach seiner Frau, nie wieder in die Politik zu gehen. Das hat nicht geklappt. 2015, nach der Neuwahl im September jenes Jahres, die **Alexis Tsipras** herbeiführte und sogar gewann, wurde Katsiantonis als Abgeordneter einer kleinen Zentristenpartei angelobt, die erstmals ins Parlament in Athen kam. Katsiantonis ist jetzt 39. Die Jungen in Larisa haben ihn gewählt. Sie sitzen in den Bars und Cafés der Stadt, vom Vormittag bis spät in die Nacht. „Schauen Sie sich nur um“, sagt der Abgeordnete mit dem amerikanischen Akzent, „keiner von denen hat einen Job.“

*„Eines Tages wachen sie auf, sind 35 und können keine Familie gründen.“*

Giorgos Katsiantonis, Abgeordneter

lich hinter sich zu bringen wie Rania Kyrozis. Die Tochter eines Athener Bauunternehmers ohne Aufträge hat ein schlechtes Gewissen. „Es sind die Ausgaben meines Vaters“, sagt sie. Rania hat noch zwei Schwestern, die in den letzten Schuljahren stecken. Sie ist die älteste der drei, und sie glaubt daran, dass sie einen Job finden wird. Viehzucht ist ihr Studium, einen eigenen Betrieb könnte sie vielleicht einmal aufmachen; sie mag die Tiere mittlerweile sehr. Eigentlich wollte Rania einmal Anwältin werden.

Die junge Griechin führt ein zurückgezogenes Leben als Studentin. Sie geht kaum aus, des Geldes wegen. Politik und die Nachrichten interessieren sie nicht. „Ich will nur mein Studium beenden“, sagt sie. Dieses Jahr wird ihr letztes sein. Aber Rania fühlt sich wohl, trotz der ärmlichen Bedingungen auf dem Campus. Alle sind glücklich, in Larisa zu sein und nicht im Moloch Athen, so scheint es zumindest. „Gerade klein genug, gerade groß genug“, sagen die Leute in der Stadt. Sie igeln sich ein,

tauchen unter, warten, bis diese Wirtschaftskrise eines Tages vielleicht doch vorbei ist.

Die Familie ist das Rückgrat der Gesellschaft in Griechenland, sagt Giorgos Katsiantonis. Der Vater finanziert die Familie, oft sind es jetzt gar die Großeltern, weil sie noch eine Pension bekommen und alle anderen keine Arbeit haben. „Der Vater gibt seinen erwachsenen Kindern 20, 30 Euro, damit sie ins Café gehen können“, sagt Katsiantonis. „Jeder fühlt sich schlecht dabei, die Eltern wie die Jungen, und eines Tages wachen sie auf, sind 35 und können keine Familie gründen, weil sie kein Geld haben und keinen Job.“ Am Nebentisch im Café beugt sich derweil eine Gruppe von Freunden über ein Smartphone und kommentiert ein Foto. Nachdenklich ergänzt der Abgeordnete: „Das ist vielleicht das schlimmste Problem in diesem ganzen Drama hier.“

## Flucht ins Studium

Die meisten der Gäste sind in Wahrheit StudentInnen, denn Larisa ist auch eine Universitätsstadt. Doch nur der kleinere Teil dieser jungen Leute ist so fixiert darauf, das Studium so rasch wie nur mög-

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[markus.bernath@derstandard.at](mailto:markus.bernath@derstandard.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die Zukunft einer Absichtserklärung

*Das soziale Europa steckt in den Kinderschuhen. Gewerkschaften fordern konkrete und vor allem verbindliche soziale Ziele.*

Alexandra Rotter  
Freie Journalistin

**D**ie EU sollte sich nicht nur um die Interessen von Banken, anderen Unternehmen und die Finanzhaushalte der Mitgliedsländer kümmern, sondern auch um soziale Mindeststandards für ihre BürgerInnen.

Das zumindest war die Idee des sozialen Europas, um das bis heute in der EU gerungen wird und für das sich gerade Gewerkschaften und AK vehement einsetzen. Auch von den Spitzen der EU sind immer wieder Vorstöße in diese Richtung zu vernehmen. So erklärte Jean-Claude Juncker bei seinem Amtsantritt als Kommissionspräsident im Jahr 2014, die EU müsse ein „soziales Triple A“ anstreben. Diese Formulierung lässt aufhorchen, denn das „Triple A“ ist hauptsächlich aus der Welt der Ratingagenturen bekannt: Sie geben Ländern Noten für ihre Kreditwürdigkeit – ein „Triple A“ ist die Bestnote. Mit sozialen Werten hat das in der Regel nichts zu tun.

## Noch wenig konkret

Im September 2015 bekräftigte Juncker seine Position in seiner Rede zur Lage der EU, die den Titel „Zeit für Ehrlichkeit, Einigkeit und Solidarität“ trug: Er wolle eine „europäische Säule sozialer Rechte“ entwickeln, sagte er. In der Rede war Juncker noch wenig konkret, am ehesten noch Aussagen wie Arbeitskräftemobilität sei erwünscht und erforderlich, damit der Euroraum und der Binnenmarkt prosperieren können, sie sollte aber auf kla-

ren Regeln und Prinzipien beruhen: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – dies sollte unser zentraler Grundsatz sein.“ Die europäische Säule sozialer Rechte solle „ergänzen, was wir gemeinsam zum Schutze der Arbeitnehmer in der EU erreicht haben“.

## Soziales bisher vernachlässigt

Das klingt erst mal positiv, zumal die EU in den vergangenen Jahren eher auf Budgetthemen und zuletzt besonders auf die Flüchtlingsthematik fokussiert war. Oliver Röpke, Leiter des ÖGB-Europabüros in Brüssel und Vorstandsmitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), sagt: „Europa und die EU-Kommission haben das Soziale leider vernachlässigt. Es ist viel zu kurz gekommen gegenüber den Bankenrettungen und anderen Themen.“

Er verweist auf die Einschnitte bei ArbeitnehmerInnenrechten etwa in Griechenland, Spanien oder Portugal, aber auch auf den massiven Druck, der in Finnland und vielen anderen EU-Staaten auf Gewerkschaften ausgeübt werde. Dass also Sozialpolitik zu einem Europathema wird, hält Röpke für wichtig, aber: „Ob die soziale Säule der richtige Weg ist, darüber sollten wir sprechen.“

Was ist seit Junckers Aussagen 2014 und 2015 passiert? Röpke: „Es ist viel geschehen, was Ankündigungen angeht, aber es sind relativ wenig konkrete Initiativen passiert.“ Im April 2017 hat die Kommission die europäische Säule sozialer Rechte vorgestellt. Sie wurde vielfach als zu allgemein kritisiert. Röpke

beurteilt die Inhalte als umfassend, die wichtigen Themen wie Chancengleichheit, faire Arbeitsbedingungen etc. seien angesprochen: „Aber das Papier ist eine Absichtserklärung. Bislang ist es aus Arbeitnehmersicht nur nette Prosa.“ Die Säule sollte „nicht nur Prinzipien, sondern konkrete verbindliche soziale Rechte für Arbeitnehmer auf europäischer Ebene festschreiben“.

Zu dem wenigen Konkreten, das bisher vorangegangen sei, zählt Röpke etwa die jüngsten Entwicklungen rund um die Entsenderichtlinie, welche verschärft werden soll. Künftig müssten dann für ArbeitnehmerInnen, die grenzüberschreitend arbeiten, also von ihrem Arbeitgeber auf begrenzte Zeit in ein anderes EU-Land geschickt werden, gleiche Bedingungen herrschen wie für ArbeitnehmerInnen vor Ort: Alle müssten den dortigen Tariflohn erhalten. Das würde Lohndumping entgegenwirken und ist laut Röpke „vorsichtig positiv zu bewerten“. Es habe aber auch bedenkliche Entwicklungen gegeben, etwa den Vorschlag der Kommission, eine Elektronische Dienstleistungskarte einzuführen. Diese wiederum, so die Befürchtungen, würde Lohn- und Sozialdumping sowie grenzüberschreitende Scheinselbstständigkeit fördern.

## Unter Zugzwang gebracht

Nachdem die Kommission im März 2016 einen Entwurf der europäischen Säule sozialer Rechte vorgelegt hatte, startete sie eine öffentliche Konsultation über die zwanzig Punkte darin. Jede/r EuropäerIn konnte sich bis Ende 2016 daran betei-



ligen. Mehr als 16.500 Online-Antworten und an die 200 Positionspapiere gingen ein. Grund für diese hohe Zahl aktiver Rückmeldungen war die Kampagne „Social Rights First!“, die das ÖGB-Europabüro, die AK Europa und der Europäische Gewerkschaftsbund ins Leben gerufen hatten. Mehr als 15.500 Menschen beteiligten sich daran. Die Kampagne war so konzipiert, dass TeilnehmerInnen über ein Online-Formular Vorschläge einreichen. „Damit haben wir die Kommission schon etwas unter Zugzwang gebracht“, sagt Oliver Röpké.

### Regierungen am Zug

Die im April 2017 präsentierte europäische Säule sozialer Rechte, in welche die Ergebnisse der Konsultation eingearbeitet wurden, besteht erneut aus 20 Punkten in drei Kategorien: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang; faire Arbeitsbedingungen; Sozialschutz und soziale Inklusion. Der Großteil der Punkte betrifft den Arbeitsmarkt. Zudem sind Themen wie das Recht auf Wohnraum und die Hilfe für Wohnungslose enthalten, der Zugang zu essenziellen Dienstleistungen wie Wasser- und Energieversorgung, Verkehr und digitale Kommunikation, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, das Recht auf Langzeitpflege und auf ein Mindesteinkommen.

Die Umsetzung der Ziele, die vielen EuropäerInnen Vorteile bringen würde, ist eine Herausforderung. Oliver Röpké nennt einen Grund: „Viele Regierungen aus den sogenannten neuen Mitgliedstaaten in Ost- und Mitteleuropa wollen ihren Wettbewerbsvorteil aus niedrigen

Löhnen, Lohn-, Sozial- und Steuereindring weiterführen. Eine starke soziale Säule würde sie stören.“ Eine Bremse ortet Röpké auch in der Spaltung innerhalb der Kommission: So steht ein Teil hinter Juncker und der Säule, ein anderer ist zurückhaltend oder dagegen. Auch die Gewerkschaften sehen die soziale Säule nicht nur positiv. Röpké nennt ein Beispiel: „Es braucht zwar kräftige Lohnerhöhungen in den neuen Mitgliedstaaten, damit sich das Lohngefälle endlich annähert, aber wir haben mit Eingriffen der EU-Kommission schlechte Erfahrungen gemacht. Lohnpolitik sollen die Sozialpartner in den Ländern machen.“

### Säule versus Fortschrittsprotokoll

Deutschland, Schweden und Österreich fordern einen „europäischen Pakt für sozialen Fortschritt“ und haben schon 2014 die Dreiländerinitiative für ein soziales Fortschrittsprotokoll ins Leben gerufen. Es enthält zehn Ziele, etwa Migration und Integration menschlich zu gestalten, den sozialen Dialog auszubauen, starke ArbeitnehmerInnenrechte zu sichern und gegen Steuerbetrug und -hinterziehung zu kämpfen.

Die zehn Punkte sind laut Röpké „wesentlich besser als die 20 Vorschläge der Europäischen Kommission“ und könnten „die Blaupause für eine soziale Säule sein“. In einem Dokument dazu, welches die Allianz im November 2016 veröffentlicht hat, ist zu lesen: „Die EU befindet sich in einer fundamentalen Krise. Die europäische Solidarität ist in Gefahr.“ Viele Menschen hätten „das

Vertrauen in die Fähigkeit der Politik verloren, Wohlstand für alle zu schaffen. Die soziale Spaltung wird größer.“ Zwar erhole sie sich von der Wirtschaftskrise, doch trotz leichter Verbesserungen am Arbeitsmarkt und bei sozialen Bedingungen seien die Folgen der Krise weitreichend.

### Sondergipfel im November

Wie geht es weiter? Jean-Claude Juncker und Schwedens Ministerpräsident **Stefan Löfven** kündigten für 17. November einen Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum in Göteborg an. Oliver Röpké erwartet, dass sich die EU-Staats- und Regierungschefs dort zur sozialen Säule bekennen. Juncker hat den Wunsch geäußert, dass die Säule noch vor Jahresende auf höchster politischer Ebene angenommen wird. Wie viel oder wenig am Gipfel weitergehen und ob er zu verbindlicheren Vereinbarungen führen wird, ist spannend – und aus Sicht vieler KritikerInnen fraglich.

---

Website der EU-Kommission zur europäischen Säule sozialer Rechte:  
[tinyurl.com/y8ncjb7f](https://tinyurl.com/y8ncjb7f)

Stellungnahme des ÖGB zur europäischen Säule sozialer Rechte, Dezember 2016:  
[tinyurl.com/yabdt27n](https://tinyurl.com/yabdt27n)

Europäischer Pakt für sozialen Fortschritt:  
[tinyurl.com/ycnag4eg](https://tinyurl.com/ycnag4eg)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[alexandra.rotter@chello.at](mailto:alexandra.rotter@chello.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Die verschiedenen Sozialversicherungsträger werden gerne zum Problem gemacht. Dabei sieht man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr, liegen doch die wahren Probleme woanders.

# Weil sie Zukunft hat

*Zentrale Fragen in der Sozialversicherung sind der gleiche Zugang zu Leistungen und eine Sicherung der Versorgungsqualität – und nicht die Anzahl der Krankenkassen.*

**David Mum**

*Im Kabinett des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz für den Bereich „Soziales“ zuständig*

**D**ie österreichische Sozialversicherung bildet den Kern des Sozialstaats. Nicht nur das: Nahezu jeder Mensch in Österreich profitiert an dem einen oder anderen Punkt von ihren Leistungen. Im Grunde wirkt der Sozialstaat sogar schon vor der eigenen Geburt, so diese denn hierzulande stattfindet: Schon die werdende Mutter kommt in den Genuss von Vorsorgeleistungen. Wird man krank, hat einen Arbeitsunfall oder bekommt eine Berufskrankheit, stirbt gar ein Angehöriger oder eine Angehörige – alle diese Risiken und viele mehr sind abgesichert.

All das kostet natürlich viel Geld. In konkreten Zahlen ausgedrückt: Pro Jahr finanziert die Sozialversicherung Sach-

und Geldleistungen in einem Volumen von rund 60 Milliarden Euro. Das entspricht 78 Prozent des Bundesbudgets bzw. 17 Prozent des BIP (jährliche österreichische Wertschöpfung). Das ist viel Geld, keine Frage. Und natürlich ein Auftrag, sorgsam mit den Mitteln umzugehen, die letztlich von der Allgemeinheit aufgebracht werden.

## **Zu einfache Annahme**

Oft wird behauptet, die Sozialversicherung sei ineffizient, weil es in Österreich 21 verschiedene Sozialversicherungsträger gibt. Damit sind die Gebietskrankenkassen und die Kranken-, Pensions- und Unfallversicherungen gemeint. Aber die dahinterstehende Annahme, dass ein System umso effizienter ist, je weniger Träger es hat, ist doch etwas zu einfach. Betrachtet man etwa den viel bemühten Verwaltungsaufwand,

so ist dieser in der Sozialversicherung gering: Von den Einnahmen werden nur 2 Prozent dafür benötigt. Dieser Anteil ist sogar zurückgegangen, im Jahr 1995 lag er noch bei 2,9 Prozent. Im internationalen Vergleich sind die Verwaltungskosten im unteren Bereich angesiedelt, und zwar selbst dann, wenn man berücksichtigt, dass die Verwaltungskosten nicht überall gleich berechnet werden. Vergleiche mit anderen Ländern zeigen: Die Reduktion der Zahl der Krankenkassen allein brachte keinen Rückgang des Verwaltungsaufwandes. In Deutschland und der Schweiz etwa sind die Verwaltungskosten trotz zahlreicher Fusionen nicht gesunken.

Was auf den ersten Blick erstaunlich wirkt, wird bei genauerer Überlegung nachvollziehbar: Größere Einheiten sind nicht automatisch günstiger. So machten die Verwaltungskosten in der verpflichtenden Krankenversicherung in Österreich

2 Prozent der Ausgaben aus. Damit steht Österreich im OECD-Vergleich gar nicht schlecht da, denn dieser Prozentsatz liegt unterhalb von jenem der Vergleichsländer Niederlande (2,14 Prozent), Belgien (2,44 Prozent), Schweiz (2,47 Prozent), Frankreich (2,8 Prozent) und Deutschland (4,56 Prozent). Privat ist nicht automatisch effizient. Private, gewinnorientierte Versicherungssysteme haben einen sehr hohen Verwaltungsaufwand – und leisten dabei sogar nur einen kleinen Teil der Versorgung. Sie müssen nämlich viel Geld für Werbung, Marketing und Vertrieb ausgeben, und sie müssen Gewinne erwirtschaften. Das sind alles Aufwandspositionen, die nicht bei den Versicherten ankommen – und die in der öffentlichen Sozialversicherung nicht vorkommen.

### Leistungen vereinheitlichen

Der Verwaltungsaufwand also ist nicht das Problem. Das bedeutet aber nicht, dass es im österreichischen Sozialstaat keinen Verbesserungsbedarf gäbe. So stehen die meisten Leistungen im Gesundheitswesen allen Versicherten gleichermaßen zu, das betrifft etwa den Zugang zu Spitälern oder Medikamente. Dennoch gibt es auch Unterschiede. Wenn PatientInnen mit privater Zusatzversicherung in einem öffentlichen Spital frühere Operationstermine bekommen, ist das inakzeptabel.

Auch innerhalb der öffentlichen Sozialversicherung besteht Handlungsbedarf. Nach wie vor erhalten Menschen in manchen Bereichen unterschiedliche Leistungen, und zwar je nach Krankenkasse, zu der sie gehören. Dies betrifft etwa die Zahnversorgung (Zahnersatz), die Hilfsmittel und Heilbehelfe (Rollstühle, Kontaktlinsen ...) und die Bereiche der Physiotherapie, Psychotherapie, Logotherapie und Ergotherapie. Diese Leistungsunterschiede müssen behoben werden. Es darf aber nicht darauf hinauslaufen, dass sich alles auf niedrigerem Niveau einpendelt. Vielmehr sollten Leistungen, wo es sinnvoll ist, nach oben angepasst werden.

Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits gesetzt. So haben die Sozialversicherungsträger im Juni 2017 beschlossen, bestimmte Leistungen zu vereinheitlichen. Das betrifft zum Beispiel die FSME-Impfung, den PSA-Test, die Kostenanteile der Versicherten bei Transportkosten, die

endovaginale Sonografie, Rollstühle, Windeln, kieferorthopädische Leistungen oder Familienzuschläge beim Krankengeld.

Dass es hier bisher Unterschiede gab, ist darauf zurückzuführen, dass Krankenversicherungsträger mit einer besseren Finanzlage ihren Versicherten höhere Leistungen zahlen können. Hintergrund dafür ist vor allem die Struktur der Versicherten. Manche Träger haben vor allem stabil Beschäftigte oder befinden sich in wirtschaftlich dynamischeren Regionen. Bei anderen Trägern gibt es viele PensionistInnen, Arbeitslose, Armutgefährdete oder viele Versicherte mit sozialen und gesundheitlichen Problemen.

Ein Beispiel: 99,7 Prozent der arbeitslosen Menschen sind in den Gebietskrankenkassen versichert. Diese erhalten für Arbeitslose im Schnitt viel weniger Beiträge als für Beschäftigte. Daher sind die Einnahmen je Versicherten oder Versicherte sehr unterschiedlich. Die Versicherung der öffentlich Bediensteten oder die Betriebskrankenkassen wiederum haben pro Kopf deutlich höhere Einnahmen als die Krankenversicherung im Durchschnitt: Hier bedarf es eines Ausgleichs. Dazu kommt, dass kleine, aber wohlhabende Träger mehr VertragsärztInnen haben als die Gebietskrankenkassen in Summe. Die Versorgung der Menschen muss aber von ihren Bedürfnissen abhängig sein und nicht von der Finanzlage der jeweiligen Krankenversicherung.

Aber auch bei der Sozialversicherung selbst kann einiges verbessert werden. So sollte die Effizienz dadurch erhöht werden, dass keine Tätigkeiten parallel durchgeführt werden, wenn das kostengünstiger einmal für alle gemacht werden könnte. Man kann durch vermehrte Arbeitsteilung und Kooperation auch die Effizienz steigern. Wer eine wirkliche Reform der Sozialversicherung im Kopf hat, muss die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen – nicht die Struktur. Es geht darum, das System fairer zu machen, statt durch schnelle Ad-hoc-Reformen ein bewährtes System zu gefährden.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[david.mum@akwien.at](mailto:david.mum@akwien.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## Solidarische Versicherung

### Warum die Sozialversicherung so wichtig ist.

Wesentliche Grundsätze der Sozialversicherung sind aus gewerkschaftlicher Sicht:

#### » Solidarische Finanzierung:

Die Höhe der Beiträge hängt von der Höhe des Einkommens ab. Daher zahlen Kranke – im Gegensatz zu privaten Versicherungen – keine höheren Beiträge als Gesunde.

#### » Keine Riskenauslese:

Jeder Mensch wird abgesichert, unabhängig davon, ob das Risiko (z. B. Krankheit, Invalidität, Unfallgefahr) hoch oder niedrig ist.

#### » Selbstverwaltung:

Die Versicherten bzw. BeitragszahlerInnen (ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber) verwalten die Sozialversicherungsträger selbst. Dies bringt eine hohe Identifikation der SozialpartnerInnen und Versicherten mit „ihrer“ Sozialversicherung und hat dazu beigetragen, dass sich das System stabil entwickelt hat.

#### » Anspruchslohnprinzip:

Die Höhe der Beiträge ist von dem Lohn abhängig, der einem zusteht. Die Sozialversicherung prüft und ahndet auch Unterentlohnung (Bezahlung unter den kollektivvertraglichen Mindestlöhnen, Prüfung von Lohn- und Sozialdumping).

#### » Pflichtversicherung:

Das bedeutet, es gibt keinen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Das System der Pflichtversicherung ist effizient und effektiv, weil es einen Risikoausgleich gewährleistet und mit einem niedrigen Verwaltungsaufwand funktioniert.

#### » Umlageverfahren:

Mit den eingenommenen Beiträgen werden direkt die Leistungen (z. B. Arztbesuch, Pensionszahlungen) finanziert. Die Beiträge werden nicht auf den Finanzmärkten veranlagt. Daher trägt man kein Finanzmarktrisiko und die Absicherung wird nicht als profitables Geschäft missbraucht.

# Was machen wir Ösis besser?

*Eine Vergleichsstudie brachte ein eindeutiges Ergebnis: Österreich hat ein viel besseres Pensionssystem als Deutschland.*

Josef Wöss und Erik Türk

Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

**G**lückliches Österreich: So lautete der Tenor etlicher Berichte in deutschen Medien zum Vergleich der Pensionssysteme in den beiden Ländern. Hintergrund dafür ist eine von der Hans-Böckler-Stiftung publizierte Vergleichsstudie, die Erstaunliches zutage gebracht hat. So sind die durchschnittlichen Pensionen von langjährig Versicherten in Österreich bei den Männern um gut 70 Prozent und bei den Frauen sogar mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Bei den Pensionsperspektiven für die heute Jüngeren ist der Abstand sogar noch größer.

Es ist in Anbetracht dieser Zahlen wenig verwunderlich, dass der Verweis auf das viel bessere österreichische Pensionssystem neuerdings sogar in deutschen Fernsehsendungen die Runde macht. Sehr unterhaltsam aufbereitet hat dies die ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“. Es lohnt, den Beitrag nachzusehen, zu finden unter [www.zdf.de/comedy/die-anstalt/die-anstalt-oesterreich-100.html](http://www.zdf.de/comedy/die-anstalt/die-anstalt-oesterreich-100.html).

## Gravierende Unterschiede

Warum überhaupt einen Vergleich mit Deutschland anstellen? Österreich und Deutschland haben ein fast gleiches Wohlstandsniveau und eine sehr ähnliche Sozialstaatstradition. Auch die Pensionssysteme sind in ihrem Ursprung sehr ähnlich. Dazu kommt, dass in beiden Ländern umfassende Pensionsreformen durchgeführt wurden. Gravierende Unterschiede gibt es allerdings bei der Aus-

richtung und bei den Ergebnissen dieser Reformen. Deutschland hat mit der Riester-Reform im Jahr 2001 das Ziel der Lebensstandardsicherung durch das gesetzliche System aufgegeben. Ein Gutteil der Verantwortung für die Alterssicherung wurde den Betriebs- und Privatpensionen überantwortet. Teil dieser Strategie war eine Verlagerung vom gesetzlichen Umlageverfahren hin zu privaten Ansparmodellen. Erreicht wurden allerdings weder die angepeilte weite Verbreitung der zweiten und dritten Säule noch die dort erwarteten hohen Veranlagungsrenditen. Was übrig bleibt, sind die massiven Kürzungen im öffentlichen System.

## Widerstand hat sich gelohnt

In Österreich hingegen wurde im Jahr 2003 von der damaligen ÖVP/FPÖ-Regierung ein Reformkonzept ähnlich der deutschen Riester-Reform vorgelegt. Dieses beinhaltete eine drastische Reduktion der gesetzlichen Pensionsansprüche und – parallel dazu – eine kräftige öffentliche Förderung kapitalbasierter Renten. Rückblickend können wir uns glücklich schätzen, dass der von den Gewerkschaften geführte Widerstand die Umsetzung dieses Konzepts verhindert hat. Gegen eine Verlagerung hin zu Betriebs- und Privatrenten wurde zu Recht ins Treffen geführt, dass damit keine Kosten gespart, sondern diese bestenfalls verschoben werden. Die sogenannte „Kapitaldeckung“ wiederum birgt letztlich mehr Risiken als die Finanzierung im Umlageverfahren, wie sie bei den gesetzlichen Renten praktiziert wird.

Was aus den Turbulenzen um die Reform 2003 und den anschließenden Re-

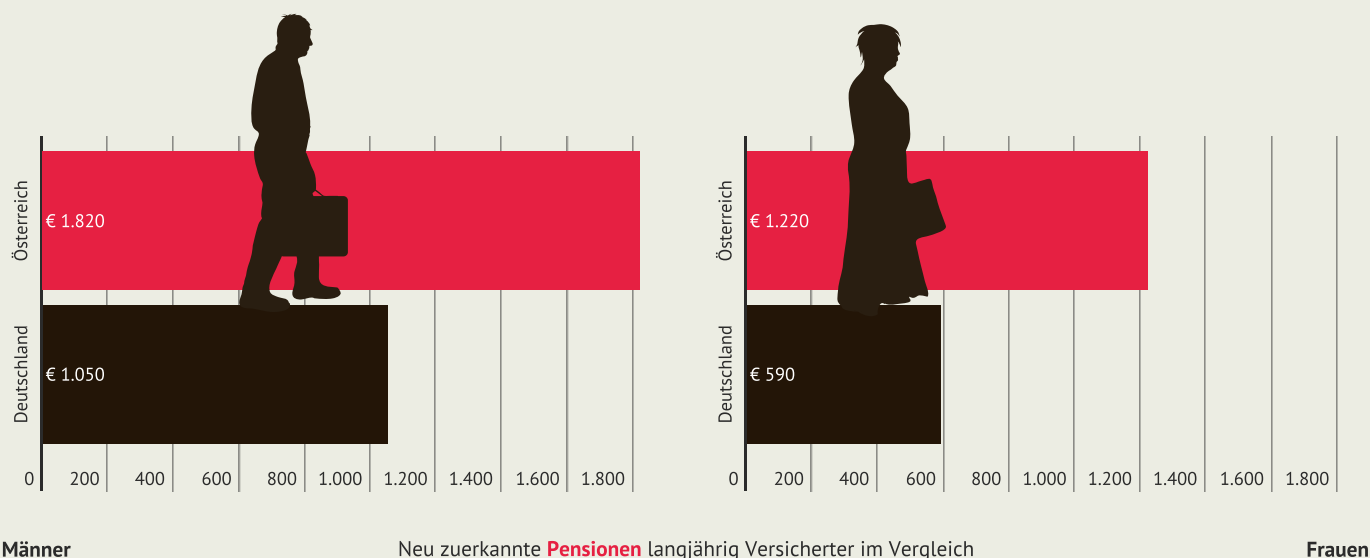
formen letztlich herauskam, ist im Kern um einiges besser, als vielen bewusst ist: Das unter Mitarbeit von Gewerkschaft und AK erstellte neue „Pensionskonto-Recht“ bietet auch den heute Jüngeren ein gutes Versorgungsniveau im Alter – Voraussetzung dafür aber ist, dass der Arbeitsmarkt funktioniert. Das Ausmaß der Pension wird – heute wie in Zukunft – in hohem Maß von der vorgelagerten Erwerbskarriere bestimmt.

## Reformen mit gerechterer Wirkung

Wenig bekannt ist, dass die Reformen in Österreich wesentlich breiter angelegt wurden. Auffällig ist vor allem, dass im Gegensatz zu Deutschland auch die BeamtenInnerversorgung in den Reformprozess einbezogen wurde.

In der Vergleichsstudie der Böckler-Stiftung wurden die durchschnittlichen Niveaus der 2013 neu zuerkannten Pensionen von langjährig Versicherten verglichen – und zwar in der in Deutschland gebräuchlichen Betrachtung „netto vor Steuer“, d. h. nach Abzug des KV-Beitrags, aber vor Steuer. Da es in Deutschland keine Sonderzahlungen gibt, sind die österreichischen Werte zum einfacheren Vergleich als Jahreszwölftel ausgewiesen.

Während Männer in Österreich 1.820 Euro als Pension beziehen, müssen sich die Männer in Deutschland mit 1.050 Euro abfinden. Frauen erhalten zwar auch in Österreich eine niedrigere Pension als Männer, doch ist diese deutlich höher als im Nachbarland: Sie erhalten hierzulande 1.220 Euro, in Deutschland sind es gerade einmal 590



Männer

Neu zuerkannte **Pensionen** langjährig Versicherter im Vergleich

Frauen

Euro. Der Hauptgrund für die enormen Unterschiede besteht schlicht darin, dass in Österreich mit 1,78 Prozent des versicherten Jahreslohns eine wesentlich höhere Rentengutschrift erfolgt als in Deutschland.

## Hoher Gender Gap

Auffällig ist, dass die Renten der Frauen in beiden Ländern – allerdings auf sehr unterschiedlichem Niveau – wesentlich niedriger liegen als jene der Männer. Darin spiegeln sich unterschiedliche Erwerbsintegration, unterschiedliche Lohnhöhen, Defizite bei Kinderbetreuungseinrichtungen etc. wider. Die Unterschiede machen deutlich, wie eng die Renten in beiden Ländern mit dem Arbeitsmarkt verflochten sind und wie sehr eine möglichst gute und beide Geschlechter erreichende Erwerbsintegration Teil der Rentenpolitik sein muss.

Noch größer als die aktuellen Unterschiede in den Leistungsniveaus sind die Unterschiede in den Vorausberechnungen für die heute Jüngeren. OECD-Berechnungen für idealtypische Erwerbsverläufe zeigen folgende (theoretische) Bruttoersatzraten: 37,5 Prozent für Deutschland, in Österreich hingegen 78,1 Prozent. Die zentralen Annahmen in diesen Rechenbeispielen sind: Erwerbseintritt mit 20, durchgehende Erwerbsarbeit bis 65 und konstantes Erwerbseinkommen jeweils in Höhe des gesamtgesellschaftlichen Durchschnittseinkommens.

Klar ist, dass die realen Verläufe wegen Erwerbsunterbrechungen und anderem Einkommensverlauf in aller Regel

weniger günstig verlaufen, als in diesen Berechnungen angenommen. Die Bruttoersatzraten zum Letztbezug werden damit in den meisten Fällen um einiges niedriger ausfallen. In die Gegenrichtung wirkt, dass in beiden Ländern bei den Renten niedrigere Sozialbeiträge anfallen als bei den Aktivbezügen.

Die Rechenbeispiele machen deutlich, wie enorm die Unterschiede sind und dass bei Beibehaltung des geltenden Rechts das Leistungsniveau in Deutschland extrem niedrig sein wird. Die Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, dass die aktuelle Kampagne der deutschen Gewerkschaften für stärkere gesetzliche Renten Erfolge bringt.

Österreich wendet mit 13,9 Prozent des BIP deutlich mehr für die gesetzlichen Pensionen auf als Deutschland mit 10,0 Prozent (2013). Wie in der Vergleichsstudie an etlichen Kennzahlen gezeigt wird, gibt es allerdings keinen Beleg für nachteilige Auswirkungen dieser Mehrkosten auf die Wirtschaft. Zentrales Finanzierungsstandbein sind in beiden Ländern die Beitragszahlungen. Mit 22,8 Prozent Gesamtbeitrag liegt Österreich um gut vier Prozentpunkte höher als Deutschland mit aktuell 18,7 Prozent. Die auf den ersten Blick relativ hohe Differenz wird allerdings stark relativiert, wenn der in Deutschland vorgesehene 4-Prozent-Riester-Beitrag in Rechnung gestellt wird. Ähnlich hoch sind die Finanzierungsanteile aus Bundesmitteln mit jeweils gut 20 Prozent im Durchschnitt aller Versicherungsträger.

Erhebliche Unterschiede gibt es auch beim gesetzlichen Pensionsalter. In Deutschland wird die Altersgrenze für

den abschlagsfreien Bezug einer Pension schrittweise auf 67 erhöht. Forderungen in diese Richtung gibt es auch in Österreich vor allem vonseiten der Wirtschaft. Gegen den Widerstand der Gewerkschaften konnte das bisher aber nicht durchgesetzt werden. Nicht auszuschließen ist, dass das Pensionsalter aber spätestens nach den kommenden Nationalratswahlen erneut Thema sein wird.

## Besseres Minimum im Alter

Nicht zuletzt bietet das österreichische Pensionssystem auch eine bessere Mindestsicherung im Alter. Denn die Ritzsätze der österreichischen Ausgleichszulage sind deutlich höher als die deutsche „Grundsicherung im Alter“. Dazu kommt, dass die Ausgleichszulagen wesentlich leichter zugänglich sind.

Die Vergleichsstudie kommt aus deutscher Sicht zu dem Schluss: „Die Erfahrungen aus dem Nachbarstaat zeigen, dass eine starke öffentliche Alterssicherung bessere Ergebnisse bringt.“ Damit dies auch so bleibt, ist vor allem eines wichtig: ein gut funktionierender Arbeitsmarkt. Gewerkschaften und AK bleiben dran!

Vergleichsstudie der Böckler-Stiftung,  
WSI-Report Nr. 27, 1/2016:  
[tinyurl.com/y7x93f18](http://tinyurl.com/y7x93f18)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autoren

[josef.woess@akwien.at](mailto:josef.woess@akwien.at)  
[erik.tuerk@akwien.at](mailto:erik.tuerk@akwien.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Sozialer Frieden ist Pflicht

*Was die Pflichtmitgliedschaft in der AK mit Sozialpolitik zu tun hat und warum sie einen zentralen Anteil am sozialen und wirtschaftlichen Erfolg Österreichs hat.*

**D**ie Sozialpartnerschaft sei ein wichtiger Standortvorteil für den Wirtschaftsstandort Österreich. Internationale Konzerne sehen darin sowie im sozialen Frieden in Österreich ganz wichtige Entscheidungsfaktoren, um sich hierzulande niederzulassen. Das System des partnerschaftlichen Interessenausgleichs bringe zudem einen Wachstumsvorteil von einem Prozentpunkt, was ein Plus von rund 25.000 Jobs bedeutet. Und die Sozialpartner seien Konjunkturimpulsgeber.

Diese Worte kommen nicht etwa von einem eingefleischten Gewerkschafter, sondern vielmehr aus dem Munde eines der wichtigsten österreichischen Wirtschaftsvertreter: Christoph Leitl. Sie entspringen auch nicht den Wunschträumen des Wirtschaftskammerpräsidenten, sondern finden ihren Beleg vielmehr in einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO.

## Erfolgsmodell infrage gestellt

Dieses Erfolgsmodell wird allerdings immer wieder infrage gestellt – zuletzt tauchten im Wahlkampf erneut Forderungen nach einer Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern auf. Diese aber ist Kernpunkt der Sozialpartnerschaft.

Nicht umsonst also bezeichnet AK-Präsident Rudi Kaske die Forderungen nach ihrer Abschaffung als „gefährliches Spiel mit dem sozialen Frieden in Österreich“. Er mahnt: „Wer die gesetzliche Pflichtmitgliedschaft abschafft, schafft die Kammern ab und damit die Sozialpartnerschaft.“

Gerade für die ArbeitnehmerInnen ist die Sozialpartnerschaft von großer Bedeutung, denn sie befinden sich im Machtgefüge am Arbeitsplatz in der schwächeren Position. Die Arbeiterkammern leisten einen wichtigen Beitrag, um hier einen Ausgleich zu schaffen.

## Solidarische Mitgliedschaft

Präsident Kaske hält fest: „Grundlage, dass wir allen helfen können, ist die solidarische Mitgliedschaft aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“ Dazu kommt noch ein weiterer Aspekt, der für die Sozialpartnerschaft von Bedeutung ist: Die Mitgliedschaft aller ArbeitnehmerInnen garantiert in den Worten von AK-Präsident Kaske auch, „dass wir den Interessenausgleich zwischen verschiedenen Arbeitnehmergruppen finden und so mit einer starken Stimme für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sprechen können“. Immerhin hat die Arbeiterkammer die Kraft von 3,6 Millionen Mitgliedern und ist somit eine gewichtige Akteurin in der österreichischen Innenpolitik.

Ein Sonderfall: So wird die österreichische Sozialpartnerschaft gerne genannt. Denn in kaum einem europäischen Land werden Interessenkonflikte noch so konsensorientiert ausgetragen wie hierzulande. Weitere Beispiele sind Dänemark, Schweden oder die Niederlande.

Der Politikwissenschaftler Emmerich Tálos definiert die Sozialpartnerschaft als „spezifisches Muster der Interessenvermittlung und Interessenpolitik,

das von den großen Dachverbänden der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressenorganisationen sowie der Regierung getragen ist“. Damit sind denn auch drei wesentliche Akteure der Sozialpartnerschaft angesprochen. Denn in Österreich spielt die Sozialpartnerschaft nicht nur bei den Kollektivvertragsverhandlungen zwischen den VertreterInnen der Arbeitgeber- und der ArbeitnehmerInnen die Hauptrolle. Die Sozialpartner verhandeln auch in verschiedenen Politikbereichen Regelungen, die später in Gesetzesform gegossen werden. Von Bedeutung ist die Sozialpartnerschaft in erster Linie in der Einkommens-, Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

## Gesamtwirtschaftliche Ziele

Dass sich diese Form des Interessenausgleichs in Österreich etabliert hat, hat seine Wurzeln in der Nachkriegszeit. Wesentliche Charakteristika sind bis heute erhalten geblieben: erstens die auf Verhandlung statt auf Konfrontation ausgerichtete Form der Auseinandersetzung, zweitens dass die AkteurInnen über die Partikularinteressen der eigenen Klientel hinaus immer auch gesamtwirtschaftliche Ziele im Auge haben. Eine wesentliche Voraussetzung, damit die Sozialpartnerschaft den angesprochenen Interessenausgleich auch erfolgreich umsetzen kann, ist die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern.

In der Tat hat die Sozialpartnerschaft in Österreich einen erheblichen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg des Landes, wie die bereits angesprochene



WIFO-Studie belegt. Sie wurde rund um den 50. Geburtstag des **Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen** im Jahr 2014 vorgestellt. „Das Ergebnis ist ein wahres Geburtstagsgeschenk für die Sozialpartnerschaft“, betonte WIFO-Chef Karl Aiginger: „In Ländern wie Österreich ist die Wirtschaft nach allen Kriterien besser aufgestellt.“ Ziel der Untersuchung war es, den Einfluss der Sozialpartnerschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung zu messen.

Zu diesem Zweck hat das WIFO Länder in verschiedene Kategorien eingeteilt, und zwar nach folgenden Merkmalen: erstens der Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände, also der „Anteil der Arbeitskräfte in Unternehmen, die Mitglied eines Arbeitgeberverbandes sind“; zweitens der Koordinationsgrad der Gewerkschaften. Verglichen wurden die Länder Österreich, Belgien, Dänemark, Schweden, die Niederlande, Norwegen, Italien, Griechenland, die Schweiz und Großbritannien.

### Koordiniertes Handeln

Die StudienautorInnen Markus Leibrecht und Silvia Rocha-Akis halten fest: „Den Kern der österreichischen Sozialpartnerschaft bildet ein historisch gewachsenes, koordiniertes Handeln der großen wirtschaftlichen Interessenverbände – Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB), Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Bundesarbeiterkammer (BAK), Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ).“ Zu Österreich schreiben sie außerdem: Es „weist sowohl in Bezug auf den Organisationsgrad der

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



Arbeitgeberverbände als auch hinsichtlich des Koordinationsgrads von Gewerkschaften im Ländervergleich den höchsten Wert auf“.

### Signifikantes politisches Gewicht

Von Bedeutung ist nicht nur die Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer, sondern auch jene in der Wirtschaftskammer, die zu einem Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände „von nahezu 100%“ führt. Für Leibrecht und Rocha-Akis ist dieser hohe Organisationsgrad der Arbeitgeber zudem von Bedeutung, damit das Lohnverhandlungssystem makroökonomische Wirkungen entfalten kann. Nebenbei bemerkt ist es auch ein Grund dafür, dass 97 Prozent der österreichischen ArbeitnehmerInnen von einem Kollektivvertrag erfasst sind.

Auf Seiten der ArbeitnehmerInnen wiederum zeichnet sich Österreich nicht nur dadurch aus, dass es nur einen Gewerkschaftsbund gibt. „Zudem verleiht die Kooperation zwischen der gesetzlichen Interessenvertretung durch die Arbeiterkammern und der freiwilligen Interessenvertretung durch die Gewerkschaften und die Betriebsräte der

Arbeitnehmerseite in Österreich signifikantes politisches Gewicht“, so die beiden WirtschaftsforscherInnen.

Nicht nur was den Arbeitsmarkt betrifft, sondern auch wirtschaftspolitisch hat das System der Sozialpartnerschaft positive Auswirkungen. Sowohl die Arbeitslosenquote im Allgemeinen als auch jene der Jugendlichen ist in Österreich niedriger als in Ländern mit einer schwachen Sozialpartnerschaft – und zwar trotz Krise. Die beiden WirtschaftsforscherInnen führen die verhältnismäßig niedrige Arbeitslosigkeit bei den Jungen auf das duale Berufsbildungssystem zurück, das wiederum eng mit der Sozialpartnerschaft verknüpft ist: „Ein solches System geht mit einer engen Kooperation von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden einher.“

### Besser in Wirtschaft und Arbeitsmarkt

In konkreten Zahlen ausgedrückt: Die Arbeitslosenrate in der Gruppe der Länder mit intensiver Sozialpartnerschaft lag in den Jahren 2008 bis 2012 bei 5,4 Prozent, in den Ländern mit geringer Intensität hingegen bei 7,8 Prozent, also um mehr als 2 Prozentpunkte höher. Auch

# Der AK-Rechtsschutz: Eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte

**W**ir sind da, wenn wir gebraucht werden“: Mit diesen Worten kommentierte AK-Präsident Rudi Kaske die eindrucksvolle Rechtsschutzbilanz der AK Wien: „Knapp 100.000 Arbeitsrechtsvertretungen in den letzten 25 Jahren alleine in Wien – das zeigt, dass die Arbeiterkammer ein verlässlicher Partner für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist, die Sorgen und Probleme in ihrem Arbeitsleben haben.“ Dabei ist das nur die berühmte Spitze des Eisbergs. In noch viel mehr Fällen wurden Probleme aus dem Weg geräumt, ohne dass ein Gang vors Gericht notwendig wurde: durch Hilfe zur Selbsthilfe oder durch direkte Interventionen bei den Arbeitgebern. „Die Mitglieder brauchen uns, das beweisen mehr als zwei Millionen Beratungen im Jahr. Besonders jene, die es schwer im Arbeitsleben haben, brauchen die Unterstützung der Arbeiterkammer“, verweist Kaske auf die 800.000 AK-Mitglieder, die keinen AK-Beitrag zahlen müssen, weil sie nichts oder wenig verdienen.

Allein im Jahr 2016 haben die ExpertInnen der AK Wien 86 Millionen Euro für die Mitglieder herausgeholt, durch Rechtsschutz, durch Vertretung bei Insolvenzen und im Sozialrecht. Kaske: „Gibt es Probleme in der Arbeit, dann wissen unsere Mitglieder, wohin sie sich wenden können. Unsere Expertinnen und Experten stehen mit Rat und Tat zur Seite.“ Kaske versichert, dass „alle Beratungsleistungen in der von den Mitgliedern geforderten Qualität gewährleistet sind“. Die ersten Monate im laufenden Jahr zeigen auch, dass die Nachfrage nach Unterstützung und Hilfe der AK nicht abnimmt.

Die Inkraftsetzung des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes vor 30 Jahren bezeichnet Kaske als Meilenstein der Zivilgerichtsbarkeit. Die bis dahin bestehende Kompetenzer-

splitterung konnte damit weitgehend beseitigt werden, fachlich spezialisierte RichterInnen und die Einbindung von fachkundigen LaienrichterInnen sind die stabilen Garanten für Rechtsdurchsetzung und Streitbeilegung.

Der Rechtsschutz der Arbeiterkammern ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Vor 25 Jahren waren in Wien gerade einmal etwas mehr als drei Dutzend MitarbeiterInnen in einem eher provisorisch eingerichteten Beratungsbe- reich die Pioniere der Rechtsschutzgeschichte. Heute sind fast ein Viertel aller AK-MitarbeiterInnen in diesem Bereich beschäftigt. Vor neun Jahren wurde im Haupthaus in der Prinz-Eugen-Straße ein neues Beratungszentrum geschaffen und alle vier Außenstellen sind der arbeitsrechtlichen Beratung und Rechtsdurchsetzung gewidmet. Kaske: „Wenn es notwendig ist, ist eine AK immer in der Nähe. Das ist auch ein erklärtes Ziel von uns: nahe bei den Mitgliedern zu sein.“

Die Arbeiterkammer ist nicht nur in der Beratung der Mitglieder führend, in der Rechtsdurchsetzung vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien hat die AK Wien „einen Marktanteil von fast zwei Dritteln und im Insolvenzbereich hat der von uns mit dem ÖGB gemeinsam betriebene Gläubigerschutzverband ISA eine nahezu vollständige Marktabdeckung inne“.

Die Expertise der ExpertInnen wird gefragt bleiben, immerhin sind ArbeitnehmerInnen weiterhin mit schwierigen Entwicklungen konfrontiert. So stehen etwa Forderungen nach noch mehr Flexibilität im Widerspruch zu den Erfordernissen eines erholsamen Familienlebens, so Kaske. Neue Formen der Arbeit wie Crowdfunding gefährden das Gefüge des ausgleichenden Arbeits- und Sozialrechts, und die ständigen Angriffe auf die Pflichtmitgliedschaft oder die AK-Umlage bedrohen die Schwächsten in der Gesellschaft, so der AK-Präsident.

bei Jugendarbeitslosigkeit, Beschäftigungsquote, Einkommensgleichheit, Lohnzuwachs und BIP-Wachstum schneiden Länder mit intensiver Sozialpartnerschaft deutlich besser ab.

Der Wandel in Politik und Wirtschaft geht freilich auch an der Sozialpartnerschaft nicht vorbei. Allein der Wandel in der Arbeitswelt stellt sie vor neue Herausforderungen. Dazu kommen politische Veränderungen, immerhin dominierten in der Nachkriegszeit die zwei Parteien SPÖ und ÖVP das politische Geschehen – die wiederum enge Beziehungen zu den SozialpartnerInnen pflegen. Während der blau-schwarzen Regierung sah es fast so aus, als würde die Sozialpartnerschaft zum „Auslaufmodell“ werden, wie Politikwissenschaftler Emmerich Tálos damals als Hypothese vertrat. Mit der Rückkehr der großen Koalition gewannen die Organisationen der ArbeitnehmerInnen wieder an Bedeutung.

## Wohlstand und sozialer Friede

Politikwissenschaftler Tálos führt einige Herausforderungen und Probleme an, die es von den Sozialpartnern zu bewältigen gilt. Nichtsdestotrotz steht auch für ihn fest: „Die wirtschaftliche und soziale Erfolgsgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik wurde wesentlich durch die Sozialpartnerschaft mitgetragen und mitgestaltet.“ – „Die Sozialpartnerschaft hat Österreich Wohlstand und sozialen Frieden gebracht“, fasst Rudi Kaske zusammen. Grundlage ist die gesetzliche Pflichtmitgliedschaft, und die wiederum ist Grundlage für eine starke Interessenvertretung. Der AK-Präsident mahnt: „Wer sie abschaffen will, schwächt die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer massiv.“

Die österreichische Sozialpartnerschaft:  
[www.sozialpartner.at](http://www.sozialpartner.at)

Rocha-Akis/Leibrecht (WIFO) – „Sozialpartnerschaft und makroökonomische Performance“:  
[tinyurl.com/sozialpartner](http://tinyurl.com/sozialpartner)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[sonja.fercher@oegb.at](mailto:sonja.fercher@oegb.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## Nicht zuletzt

von

### Sozialminister Alois Stöger

Bundesministerium für Arbeit, Soziales  
und Konsumentenschutz

# Nur gemeinsam sind wir frei

**F**reiheit“ war und ist ein Kampfbegriff. Unter Freiheit haben Menschen immer schon Unterschiedliches verstanden und bisweilen **diametrale** Anliegen legitimiert.

Wenn man die derzeitigen Debatten in den USA über das Gesundheitssystem verfolgt, werden die Bruchlinien des Begriffs deutlich: Auf der einen Seite Barack Obama, der mit seiner Gesundheitsreform für Millionen von Menschen Sicherheit im Krankheitsfall geschaffen und sie damit von existenziellen Gefahren befreit hat.

Auf der anderen Seite Trump und die Republikaner, die diese Sicherheit nun wieder abschaffen, um den Menschen die Entscheidungsfreiheit zu geben, ob und wo sie krankenversichert sind – mit dem Haken, dass viele diese Freiheit aus finanziellen Gründen nicht nutzen können.

### Praktisch nutzbare Möglichkeit

Es ist das Ringen zwischen einer nominellen Freiheit, die als theoretische Chance im Raum steht, und einer tatsächlichen Freiheit, die als praktisch nutzbare Möglichkeit ergriffen werden kann. Je mehr Sicherheiten man genießt, desto mehr Möglichkeiten entstehen für die Menschen. Sicherheit erhöht die Freiheitsgrade.

Europäische und österreichische Gewerkschaften haben sich immer dafür eingesetzt, die realen Entscheidungs-

möglichkeiten der Menschen zu erweitern, indem kollektive Sicherheiten entwickelt wurden. Die Gewerkschaften haben gekämpft, um den Menschen die Ängste vor Krankheit, Unfall, Einkommenslosigkeit und Armut im Alter zu nehmen. So wurde die Sozialversicherung erstritten.

### Nur angstfrei wirklich frei

Auch Kinderbetreuungseinrichtungen mussten erkämpft werden, um besonders Frauen die Möglichkeit zu geben, am Arbeitsleben teilnehmen zu können und damit ökonomische Autonomie zu erlangen. Das hat der Befreiung, der Emanzipation der Frauen einen kräftigen Schub gegeben. Letztlich kann nur eine angstfreie Gesellschaft frei sein. Das hat Österreich in seiner Geschichte deutlich spüren müssen. Gerade Zeiten der Verängstigung haben die Republik in den Niedergang geführt.

Heute entstehen mit neuen Arbeitsbedingungen neue Risiken und mögliche Ängste. So sind Neue Selbstständige im Krankheitsfall von Armut bedroht, und Menschen, die über Crowdfunding-Plattformen Aufträge finden, gar nicht von unseren Sicherungssystemen erfasst. Es ist unsere Aufgabe, diesen neuen Risiken weitere kollektive Sicherheiten entgegenzusetzen. Davon hängt weit mehr als unser Sozialstaat ab. Bereits **Johann Böhm** hat die soziale Sicherheit, das „Vermögen des kleinen Man-

nes“, immer schon als integralen Bestandteil unserer Demokratie betrachtet. Ohne sie hängt Demokratie an einem seidenen Faden. Dieser Gedanke bekommt durch die neue autoritäre Rechte im Westen sowie durch den Brexit neue Bedeutung.

Unser neuer Auftrag ist es daher, soziale Sicherheiten nicht mehr nur national, sondern im europäischen Rahmen in den Vordergrund zu stellen. Wenn ArbeitnehmerInnen durch die Konkurrenz aus Billiglohnländern gefährdet sind, wenn Lohndumping nur mehr grenzüberschreitend bekämpft werden kann, wenn es internationale Spielregeln braucht, um digitale Arbeitsmodelle zu erfassen, dann darf auch der kollektive Schutz nicht mehr an der nationalen Grenze haltmachen.

Deshalb ist es wichtig, dass die Gewerkschaften in der Lage sind, kollektive Sicherheiten grenzüberschreitend durchzusetzen. Gleicher Lohn für gleiche Leistung am gleichen Ort: Das ist die zentrale Forderung, die wir mit Leben erfüllen müssen.

### Seien wir kreativ!

Nutzen wir unser kreatives Potenzial, um den aktuellen Risiken, die man als Mensch, KonsumentIn oder als ArbeitnehmerIn trägt, kollektive Sicherheiten entgegenzusetzen und neue zu entwickeln. Davon hängt unser Gesellschaftssystem ab.

Der [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at) ist die digitale Ergänzung zur Printausgabe der „A&W“. Frisch gebloggt zeigt einige Highlights.

## Hartz IV – Klassenkampf von oben

Josef Wallner

Zuletzt wurde zu den Themen Notstandshilfe und Hartz IV kontrovers diskutiert und die Frage aufgeworfen, ob nicht Sozialabbau nach dem Modell Hartz IV auch in Österreich die Arbeitslosigkeit und Ungleichheit senken könne. Überprüft man die Grundlage dieser Annahme, wird deutlich, dass Hartz IV in Deutschland weder die Ungleichheit verringert noch Beschäftigung geschaffen hat. Einschneidende Effekte hatten die Hartz-IV-Reformen nur auf den steigenden Anteil der NiedriglohnbezieherInnen und die Armutsgefährdungsquote. Die Armutsgefährdung unter Arbeitslosen ist in Deutschland mit einem Anteil von 69 Prozent im EU-Vergleich sogar am höchsten. Hartz IV führt zu mehr Ungleichheit, weil

es zur Veräußerung selbst kleinster „Vermögen“ und zur Annahme von Arbeit zu Armutslöhnen zwingt. Würde man Hartz IV auf Österreich umlegen, würde dies einen beträchtlichen Anstieg der Armutsgefährdung und nicht abschätzbare gesellschaftliche Folgekosten durch erhöhte Armut bedeuten.

Was in Österreich hingegen wirklich gebraucht wird, sind echte Beschäftigungschancen und eine ausreichende Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu wahren.

**Lesen Sie mehr:**  
[tinyurl.com/ycf953tm](http://tinyurl.com/ycf953tm)

## Mit Marx über die Digitalisierung nachdenken

Tobias Hinterseer und Bernd Wimmer

Über die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf die Arbeitswelt gibt es mittlerweile unzählige Studien und Publikationen. Die Bandbreite der Prognosen schwankt dabei ungemein: Manche sehen in der Digitalisierung die Wunderwaffe der Zukunft, andere warnen vor massiven negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Doch Digitalisierung ist keine Naturgewalt, vielmehr haben wir es als Gesellschaft selbst in der Hand, wie sich die Digitalisierung gestaltet – erst Gebrauch und Umgang mit neuen Technologien entscheiden über ihre Auswirkungen. Karl Marx' Gedanken zum technischen Fortschritt sind in diesem Zusammenhang überraschend aktuell. Er sah in der Technik die Chance, die notwendige Arbeit zu ver-

ringern und dadurch Emanzipation zu ermöglichen: „Je mehr die Produktivität der Arbeit wächst, umso mehr kann der Arbeitstag verkürzt werden.“ Arbeitszeitreduktion, solidarische Verteilung von Arbeit, humanistische Bildung und gerechte Verteilung der Produktivitätssteigerung bzw. Digitalitätsdividende sind hierbei zentrale Elemente. Um die Herausforderungen des digitalen Zeitalters zu meistern, braucht es eine emanzipatorische Politik im Sinne von Marx, bei der nicht allein die Logik des Marktes und der Kapitalvermehrung im Vordergrund steht.

**Lesen Sie mehr:**  
[tinyurl.com/yc85x3y2](http://tinyurl.com/yc85x3y2)

---

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:  
[blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)

Sie finden uns auch auf Facebook:  
[facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://facebook.com/arbeit.wirtschaft)

## Aus AK und Gewerkschaften

**ÖGB-Frauen:**

### Einkommensschere wird zur Pensionsfalle

**Renate Anderl: Lohntransparenzgesetz und Anrechnung der Elternkarenzen deshalb dringend notwendig.**

„Frauen bekommen unglaubliche 43 Prozent weniger Pension als Männer. Der Grund dafür ist offensichtlich und allseits bekannt: Frauen verdienen weniger als Männer, arbeiten oft in Teilzeit und erledigen den Großteil der unbezahlten Arbeit, wie Kindererziehung und Pflege von Angehörigen“, sagte Renate Anderl, ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende, anlässlich des Equal Pension Day am 26. Juli 2017. An diesem Tag haben Männer bereits so viel Pension erhalten, wie Frauen erst bis Jahresende beziehen werden. Im Vergleich zu 2016 hat sich kaum etwas verbessert, in Kärnten, Salzburg und Tirol hat sich die Lücke sogar noch ein wenig weiter geöffnet.

In der Pension spiegelt sich somit wider, dass es immer noch große Unterschiede und Ungleichheiten zwischen

männlichen und weiblichen Erwerbsleben gibt. So können Männer laut Zahlen des Österreichischen Städtebunds mit jährlich durchschnittlich 25.901 Euro Pension rechnen, Frauen lediglich mit 14.796 Euro. Das ist ein Unterschied von immerhin rund 10.000 Euro, die Frauen durchschnittlich weniger an Pension erhalten als Männer. „Frauenpensionen können nur dann steigen, wenn die Arbeitsbedingungen verbessert werden und Frauen die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt vorfinden.“

Das Angebot an Kinderbildungsrichtungen müsse – besonders am Land – dringend ausgebaut werden, damit Mütter überhaupt die Möglichkeit bekommen, ihre Arbeitsstunden aufzustocken oder gar in Vollzeit zu arbeiten. „Niedrige Einkommen führen zu gerin-

gen Pensionen und tragen dazu bei, dass deutlich mehr Frauen von Altersarmut betroffen sind als Männer. Die Einkommensschere wird für Frauen also zur Pensionsfalle.“ Für mehr Gleichstellung wäre aus Sicht der ÖGB-Frauen auch die volle gesetzliche Anrechnung der Elternkarenzen, die die ÖGB-Frauen seit Jahren fordern, eine notwendige Maßnahme, die rasch umgesetzt werden muss, genauso wie die Einführung eines Lohntransparenzgesetzes. „Die innerbetriebliche Offenlegung aller Gehälter würde Arbeitnehmerinnen nicht nur helfen, am Verhandlungstisch besser zu argumentieren, sondern auch die Einkommensunterschiede zu reduzieren“, betont die ÖGB-Vizepräsidentin.

Studie „Frauen und Pensionen“:

[tinyurl.com/y8xczm7s](http://tinyurl.com/y8xczm7s)

**GPA-djp:**

### Mehr für Teilzeitarbeitende

**Auszahlung des Zuschlages von 50 Prozent bereits ab der ersten Mehrarbeitsstunde.**

„Jede Statistik beweist es: Immer mehr Vollzeitstellen werden durch Teilzeitarbeitsplätze ersetzt, davon sind vor allem Frauen betroffen. Vielleicht nicht alle, aber viele von ihnen würden lieber in Vollzeit arbeiten. Teilzeit bedeutet weniger Gehalt und damit weniger Pension“, erklärt Wolfgang Katzian, Vorsitzender der GPA-djp. Eine der Optionen, um Altersarmut bei Frauen zu verhindern, die lange in Teilzeit beschäftigt waren, sei die Verdoppelung des Mehrstundenzuschlags auf 50 Prozent, wie dies Frauenministerin Pamela Rendi-Wagner in die Diskussion eingebracht hat.

GPA-djp-Bundesfrauenvorsitzende Ilse Fetik ergänzt: „Wir müssen aber auch der Tatsache ins Auge blicken, dass viele Teilzeitbeschäftigte nicht einmal den derzeit gesetzlich vorgesehenen Zuschlag von 25 Prozent erhalten, da es

einen Durchrechnungszeitraum von mehreren Monaten gibt und statt des Geldzuschlages oft auch dann Zeitausgleich anfällt, wenn MitarbeiterInnen lieber die Auszahlung haben wollen.“ Von der Tatsache, dass rund ein Viertel der geleisteten Überstunden in Österreich nicht bezahlt werden, seien Teilzeitbeschäftigte besonders betroffen. „Daher ist neben einer Erhöhung des Zuschlages auch die Auszahlung ab der ersten geleisteten Überstunde essenziell“, so Fetik.

Für eine Verkäuferin mit einem Arbeitsvertrag über 20 Wochenstunden, die tatsächlich aber regelmäßig 30 Wochenstunden arbeitet, würde die Angleichung auf den Überstundenzuschlag ein Gehaltsplus von circa 17 Prozent bedeuten, erklärt Katzian: „Dieses reale Beispiel aus einer Branche, in der 63 Prozent der 400.000 Angestellten

Frauen sind, beweist die Richtigkeit der Forderung eindrucksvoll.

Aber auch abseits des Handels ist der Handlungsbedarf mit einer Teilzeitquote von 48 Prozent für alle Branchen in Österreich groß – jede zweite dieser Beschäftigten würde mit der Verdoppelung des Überstundenzuschlags gewinnen!“

80 Prozent der knapp 1,1 Millionen Teilzeitbeschäftigten in Österreich sind Frauen. Teilzeitbeschäftigung reduziert das Einkommen und senkt damit auch die Pensionshöhe. Frauen sind somit stärker von Altersarmut bedroht. „Die Erhöhung der Einkommen der Teilzeitbeschäftigten durch eine Abgeltung der Mehrarbeitsleistung ist ein wichtiger Baustein, um die Einkommenssituation von Frauen zu verbessern“, so Fetik.

GPA-djp zu Gleichstellung:

[tinyurl.com/y8xtbbzz](http://tinyurl.com/y8xtbbzz)

## Man kann nicht alles wissen ...

**Achilles:** Figur der griechischen Mythologie, Urenkel von Göttervater Zeus; war bis auf eine Stelle an der Ferse unverwundbar. Achilles (auch: Achill oder Achilleus) war der bedeutendste Held der Griechen im Kampf um Troja. Er wird schließlich von Paris durch einen Pfeil in die Ferse getötet. (Seite 30)

**Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen:** 1963 etabliertes Kompetenzzentrum der vier Sozialpartner (ÖGB, AK, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer) mit der Aufgabe der analysierten Politikberatung. Aktuell wurden unter anderem folgende Ziele vereinbart: Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (v. a. durch mehr Forschung, Produktivitätssteigerungen und Qualitätsverbesserungen); Förderung und Entwicklung der menschlichen Begabungen und Fähigkeiten durch Aus- und Weiterbildung; Erhaltung und Verbesserung einer humanen Arbeitswelt sowie Weiterentwicklung einer möglichst ausgewogenen Sozialstruktur. (Seite 41)

**Böhm, Johann:** österreichischer Gewerkschaftsfunktionär und SP-Politiker (1886–1959), 1927–1930 Gemeinderat, danach bis 1934 Nationalrat. Böhm war 1945 einer der Gründer des überparteilichen ÖGB, dessen Präsident er bis 1959 war. Außerdem gilt er als einer der Hauptinitiatoren der Sozialpartnerschaft. (Seite 43)

**diametral:** gegenüberliegend. (Seite 43)

**Digitale Betriebsstätte:** 2015 hat die OECD das finale Maßnahmenpaket zum BEPS-Projekt (Base Erosion and Profit Shifting) der OECD/G20 veröffentlicht. Ziel dieses Projekts ist es, Steuervermeidungspraktiken in internationalen Konzernstrukturen zu verhindern und eine faire Besteuerung internationaler Unternehmen sicherzustellen. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem der Begriff der Betriebsstätte angepasst: Damit wurden auch sogenannte Hilfsstätten von Versandhändlern zu steuerpflichtigen Betriebsstätten. (Seite 19)

**Ehegattensplitting:** in Deutschland seit 1958 angewandtes Verfahren zur Berechnung der Einkommensteuer von zusammenveranlagten Ehepaaren und LebenspartnerInnen, das im Detail so abläuft: Das zu versteuernde Einkommen (zvE) der Ehegatten wird ermittelt und halbiert (gesplittet). Die so errechnete Einkommensteuer wird verdoppelt und für das halbierte zvE wird die Einkommensteuer nach dem geltenden Einkommensteuertarif berechnet. (Seite 14)

**Europäische Säule sozialer Rechte:** In seiner ersten Rede zur Lage der Union im September 2015 stellte Kommissionspräsident Juncker seine Vision einer europäischen Säule sozialer Rechte vor. Damit sollte eine Reihe von Rechten und

Grundsätzen festgelegt werden, mit deren Hilfe faire und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme unterstützt werden können. Die Säule umfasst drei Hauptkategorien: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang; faire Arbeitsbedingungen; Sozialschutz und soziale Inklusion. Durch diese Ankündigung ist unter den EU-Behörden, den Mitgliedstaaten, Sozialpartnern, der Zivilgesellschaft sowie den BürgerInnen eine breite Debatte über die Gestaltung der Säule entstanden sowie darüber, wie Fairness und soziale Gerechtigkeit in Europa gewährleistet werden können. (Seite 34)

**Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung:** Der EGF hilft ArbeitnehmerInnen, wenn diese infolge der Veränderungen des Welt-handelsgefüges (z. B. Schließung eines großen Unternehmens oder Verlagerung einer Produktionsstätte außerhalb der EU) ihren Arbeitsplatz verloren haben. Er verfügt von 2014 bis 2020 über ein maximales Jahresbudget von 150 Millionen Euro. Im Gegensatz zu den EU-Strukturfonds hat der EGF keinen langfristigen Ansatz, sondern bietet einmalige, zeitlich begrenzte und individuelle Unterstützung. (Seite 32)

**Kompetenzzentrum Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege:** Im Rahmen von Studien hat sich vor einigen Jahren herausgestellt, dass in der häuslichen Pflege und Betreuung ein hohes Informations- und Beratungsdefizit besteht, besonders bei den pflegenden Angehörigen. Zur Qualitätssicherung wurde unter anderem eingeführt, dass PflegegeldbezieherInnen, die zu Hause gepflegt und betreut werden, von diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen kostenlos besucht werden. Die bundesweite Organisation und Koordinierung der Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege erfolgt durch die Sozialversicherungsanstalt der Bauern. Dort ist auch das Kompetenzzentrum angesiedelt, das für alle Entscheidungsträger und PflegegeldbezieherInnen zuständig ist. (Seite 13)

**Löfven, Stefan:** schwedischer Politiker, geb. 1957; seit 2012 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens (SAP) und seit 2014 schwedischer Ministerpräsident. Er führte von 2006 bis 2012 die IF Metall, eine der größten Gewerkschaften des Landes. Damit gehörte er zwar dem Führungsgremium der Arbeiterpartei an, hatte zuvor aber keine Parteikarriere durchlaufen. (Seite 35)

**Renner, Karl:** österreichischer sozialdemokratischer Politiker (1870–1950), 1918–1920 Staatskanzler, danach bis 1934 NR-Abgeordneter. 1933 legte Renner aus abstimmungstechnischen Gründen sein Amt als NR-Präsident zurück, was

letztendlich zum Staatsstreich von Engelbert Dollfuß führte. Renner, der sich schon 1918 für den Anschluss an das Deutsche Reich eingesetzt hatte, war auch 1938 dafür. Die NS-Zeit verbrachte er unter Hausarrest, 1945 wurde Renner erster Bundespräsident der Zweiten Republik. (Seite 4)

**Riester-Reform:** 2000/2001 durchgeführte Rentenreform in Deutschland, bei der das Netto-rentenniveau des Eckrentners, eines idealtypisch sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der 45 Jahre lang Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt hat, von 70 auf 67 Prozent reduziert wurde. Namensgeber ist Walter Riester, der als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1998–2002) für die Förderung der privaten Vorsorge plädierte. (Seite 6)

**Syriza:** Koalition der radikalen Linken in Griechenland; 2004 gegründet als Bündnis der linken und radikal-linken Parteien, 2012 offizielle Parteigründung. Bei den Parlamentswahlen Anfang 2015 errang die Linkspartei 149 von 300 Mandaten. Danach wurde Parteipobmann Alexis Tsipras als Ministerpräsident vereidigt. (Seite 29)

**Transferleistungen:** Geld- oder Sachleistungen, für die keine direkte Gegenleistung erbracht wird und die sozialen Ausgleich schaffen sollen. In der Regel handelt es sich dabei um Zahlungen des Staates an Privatpersonen wie beispielsweise das Kinderbetreuungsgeld. Aber auch Subventionen an Unternehmen sind Transferleistungen. (Seite 13)

**Tsipras, Alexis:** griechischer Politiker, geb. 1974; Vorsitzender der Partei Syriza und seit 2015 griechischer Ministerpräsident. Weil sich die griechische Wirtschaft laut Statistik etwas erholt hat, die Menschen aber davon nichts bemerken, steht Tsipras wegen halbherziger Reformen immer wieder in der Kritik. (Seite 33)

**Umlageverfahren:** Methode zur Finanzierung von Sozialversicherungen, speziell der Altersvorsorge. Die eingezahlten Beiträge werden unmittelbar zur Finanzierung der Leistungsberechtigten herangezogen, also an diese wieder ausbezahlt. Rücklagen werden vom Sozialversicherungsträger nur in geringem Umfang gebildet. (Seite 17)

**Visegrád-Länder:** In der ungarischen Stadt Visegrád wurde 1991, nach dem Ende des Ostblocks, ein Freihandelsabkommen zwischen Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei abgeschlossen. Die Visegrád-Gruppe (V 4, mit Tschechien und Slowakei) besitzt keine formale oder institutionale Struktur, bemüht sich aber um den Austausch von Informationen und um die Koordination politischer Positionen. (Seite 18)



ebook

## Wohlstand der Zukunft Investitionen für eine sozial-ökologische Wende

**Bundesarbeiterkammer und Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.)**

Varia

2017 / 208 Seiten / EUR 14,90

ISBN 978-3-99046-296-6

Die (wirtschafts-)politischen Herausforderungen unserer Zeit sind komplex: hohe Arbeitslosigkeit, ungleich verteilte Vermögen und Chancen, gesellschaftliche Diversität und Klimaziele, die unsere auf Ausbeutung fossiler Energieträger beruhende Lebensweise infrage stellen. Wie kann eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik aussehen, die diesen Anforderungen gerecht wird?

Das strategische Ziel ist klar: der Umbau in Richtung einer sozial gerechten und ökologisch zukunftsfähigen Gesellschaft. Eine zentrale Antwort ist die koordinierte Ausweitung öffentlicher Investitionen, die sowohl zur Zukunftsfähigkeit der österreichischen Daseinsvorsorge beitragen als auch den Arbeitsmarkt entlasten kann. Dazu gehören aber auch Elemente wie die Entwicklung alternativer Wohlstandskonzepte jenseits des Bruttoinlandsprodukts, die Verkürzung der Arbeitszeit und der Umbau der staatlichen Finanzierungsbasis.

Das Buch steht hier gratis zum Download zur Verfügung:

<http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ebook-wohlstand>

## BESTELLUNG

IM THEMENSHOP DES ÖGB-VERLAGS

[www.arbeit-recht-soziales.at](http://www.arbeit-recht-soziales.at) / [kontakt@arbeit-recht-soziales.at](mailto:kontakt@arbeit-recht-soziales.at)

F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare

Name

Vorname

Firma/Institution

Telefon

E-Mail

Anschrift

PLZ

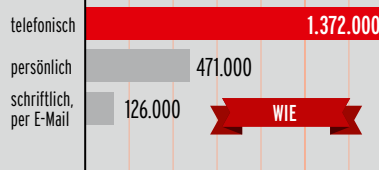
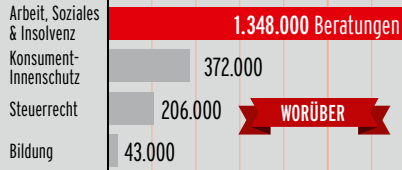
Ort

Datum, Unterschrift



## 2 Millionen Beratungen

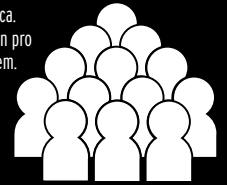
gab es dieses Jahr von den Experten für unsere Mitglieder. Hier die wichtigsten Themen & Beratungsarten:



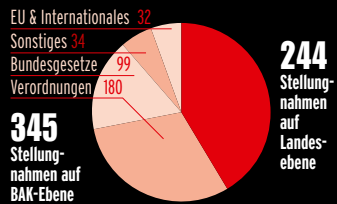
## 2609 Expertinnen & Experten

stehen mit Rat und Tat zur Seite.

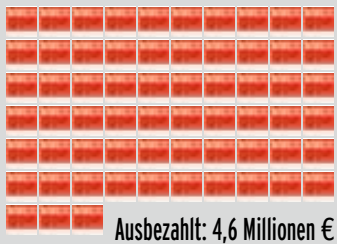
Das entspricht ca. 1400 Mitgliedern pro AK Beschäftigtem.



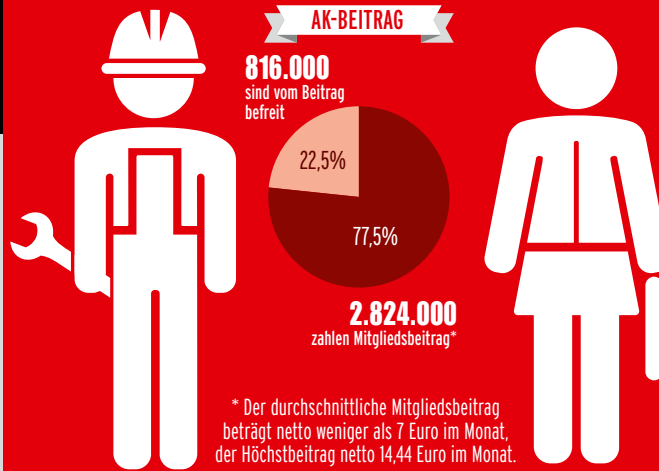
## 589 Begutachtungen von Verordnungen und Gesetzen



## 63.268 Bildungsgutscheine



# 3.640.000 MITGLIEDER vertreten wir Tag für Tag!

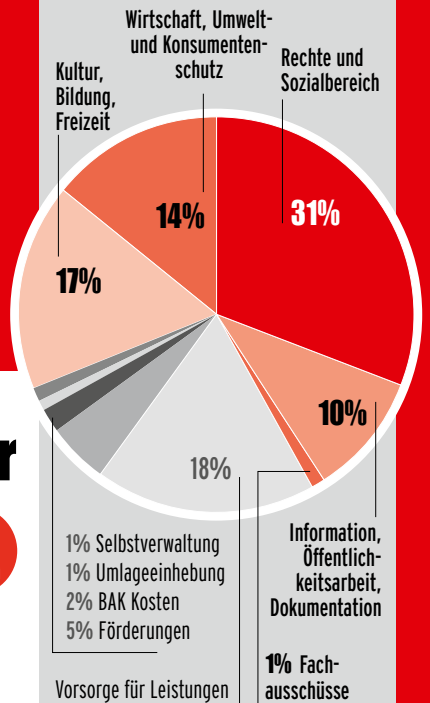


## AK Beiträge

2016

# 432,6 Mio. €

Diese wurden eingesetzt für:



# 532 Millionen € für die Mitglieder

... nach Pleiten (Insolvenzrecht), bei Problemen am Arbeitsplatz, in Pensionsfragen (Sozialrecht), in Steuerfragen und für KonsumentInnen herausgeholt.



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn: Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
 Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
 /  
 Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW